

Prof. Dr. Horst Schützler

Vortrag im Marxistischen Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE am 12. Mai 2016

Thema: Der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939 im Meinungsstreit in der Sowjetunion und im heutigen Russland¹

Liebe und werte Kollegen, Freunde und Genossen!

Am Vorabend des 75. Jahrestages des faschistischen deutschen Überfalls auf die Sowjetunion und des Beginns des Großen Vaterländischen Krieges der Völker der UdSSR rückt auch der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939 in das Blickfeld der wissenschaftlichen und politischen Diskussion.

Vor viereinhalb Jahren, am 15. September 2011, haben wir uns über das Thema „Hitlerdeutschland und die Sowjetunion 1939 – 1941“ unterhalten, in das auch der Nichtangriffsvertrag eingebettet war.

Heute sollen der Nichtangriffsvertrag und seine Bewertung, besonders in Russland, im Mittelpunkt meiner Ausführungen und der Aussprache stehen. Ich folge hier dem Wunsche und der Ermutigung unseres Kollegen Karl.

Ich greife hier auf ein Manuskript zurück, das ich am 1. Februar in einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Jena vorgetragen habe.

Der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939 – auch als Molotow-Ribbentrop-Pakt oder irreführend disqualifizierend als Hitler-Stalin-Pakt bezeichnet – gehört mit seinem Geheimen Zusatzprotokoll hinsichtlich seiner völkerrechtlichen Wertung, seiner weltpolitischen Wirkungen und Folgen sowie der Originalität (des Zusatzprotokolls) zu den wichtigsten wissenschaftlich und politisch umstrittensten Verträgen der Weltgeschichte.

Ich möchte drei Hauptaspekte behandeln:

- kurz den sachlichen Inhalt des Vertrages
- den Vertrag in der internationalen Konstellation, Wirkungen und Folgen
- Wertungen in der Sowjetunion und Russland in Vergangenheit und Gegenwart

Zum sachlichen Inhalt des Vertrages²

Vorbemerkung: Mir scheint es angebracht zu sein, sich zunächst an den sachlichen Inhalt des Vertrages zu erinnern, da sich schon oft in der Wiedergabe des Textes Wertungen ausdrücken. Diese will ich jedoch gesondert behandeln.

¹ Veränderte Fassung eines Vortrages in der RLS Jena am 1.2.2016.

² Der Text des Vertrages und des Geheimen Zusatzprotokolls findet sich in vielen Publikationen. Ich zitiere nach deutschem Text: Sowjetstern und Hakenkreuz 1938 bis 1941. Dokumente zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen. Herausgegeben und eingeleitet von Kurt Pätzold und Günter Rosenfeld. Berlin 1990. S. 231 f.. Zu dem siehe auch Gerhart Hass: 23. August 1939. Der Hitler-Stalin-Pakt. Dokumentation. Berlin 1990; Helmut König: Das deutsch-sowjetische Vertragswerk von 1939 und seine Geheimen Zusatzprotokolle. Eine Dokumentation. In: Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens. Heft 5/Mai 1989. S. 413 ff.. König geht auch der Fundgeschichte der Geheimen Zusatzprotokolle (der „Kopien“ von „Fotokopien“) nach.

Mit dem Vertrag verpflichteten sich die deutsche Reichsregierung und die Regierung der UdSSR

- 1. sich jeden Gewaltakts, jeder aggressiven Handlung und jedes Angriffs gegeneinander, und zwar sowohl einzeln als auch gemeinsam mit anderen Mächten, zu enthalten,
- 2. keine dritte Macht zu unterstützen, falls diese mit kriegerischen Handlungen gegen eine der vertragsschließenden Seiten vorgehen sollte,
- 3. sich nicht an irgendeiner Mächtegruppierung zu beteiligen, die sich mittelbar oder unmittelbar gegen den anderen Teil richtet,
- 4. zur Konsultation in Fragen, die ihre gemeinsamen Interessen berühren,
- 5. zur schnellen Ratifizierung des Vertrages.

Dieser wurde für die Dauer von zehn Jahren abgeschlossen und trat mit seiner Unterzeichnung sofort in Kraft. Die Ratifizierung durch Obersten Sowjet und Reichstag erfolgte später.

Im „**Geheimen Zusatzprotokoll**“ wurde nach „streng vertraulicher Aussprache“ die „Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären in Osteuropa“ fixiert:

- 1. Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung in den baltischen Staaten (Finnland, Estland, Lettland, Litauen) bildet die nördliche Grenze Litauens zugleich die Grenze der Interessensphären Deutschlands und der UdSSR. Das Interesse Litauens am Wilnaer Gebiet wird anerkannt.
- 2. Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung Polens werden die Interessensphären Deutschlands und der UdSSR ungefähr durch die Linie der Flüsse Narew, Weichsel und San abgegrenzt. Die Frage, ob die beiderseitigen Interessen die Erhaltung eines unabhängigen polnischen Staates erwünscht erscheinen lassen und wie dieser Staat abzugrenzen wäre, kann endgültig erst im Laufe der weiteren politischen Entwicklung geklärt werden. Beide Regierungen werden diese Frage in einer freundschaftlichen Verständigung lösen.
- 3. Hinsichtlich Südosteuropas wird von sowjetischer Seite das Interesse an Bessarabien betont. Von deutscher Seite wird das völlige politische Desinteresse an diesen Gebieten erklärt.

Ein Nichtangriffsvertrag für zehn Jahre mit der Abgrenzung der Interessensphären beider Seiten und schon nach 22 Monaten der Überfall und Kriegsbeginn – wie war das möglich und ist das zu erklären? Wer war hier der Kriegstreiber? So ist zu fragen.

Der Vertrag in der internationalen Konstellation, Wirkungen und Folgen

Immer wieder wurde und wird über den „**Weg in den Krieg**“, also über den Vorabend des Zweiten Weltkrieges und des Großen Vaterländischen Krieges vor allem mit der Problematik des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages und seinen Folgen geschrieben und gestritten.

Ich will auf diese dramatische Vor- und Nachgeschichte des Vertrages, auf deren Eckpunkte und Linien hier als Denk- und Diskussionsanregung nur ganz cursorisch verweisen, zumal ich dazu beim letzten Vortrag schon mehr gesagt habe.

In den zwanziger Jahren prägte die Rapallo-Politik die deutsch-sowjetischen Beziehungen mit ihrem Anti-Versailles-Aspekt.

Gegen Ende dieses Jahrzehnts gab es eine Umorientierung in der sowjetischen Außenpolitik im Zeichen der „kollektiven Sicherheit“, der Annäherung an den Westen und der Integration der Sowjetunion in das internationale System.

Mit der Errichtung der faschistischen Diktatur 1933 veränderten sich die deutsch-sowjetischen Beziehungen, die Rapallo-Ära³ ging zu Ende, Spannungen bauten sich auf, das faschistische Deutschland wurde mit seiner Aufrüstung und seinen Forderungen zum gefährlichen internationalen Krisen- und Kriegsherd, der eingedämmt werden musste.

Doch die Westmächte Großbritannien und Frankreich strebten mit einer Appeasement-Politik (Beschwichtigungspolitik) einen Ausgleich mit dem faschistischen Deutschland an. Sie wollten dessen Expansionsdrang nach Osten, gegen die Sowjetunion, lenken und gaben eine Politik der „kollektiven Sicherheit“ auf. Das Münchener Abkommen von Ende September 1938 mit der Zerschlagung der Tschechoslowakei und die Duldung der Besetzung der Tschechei im März 1939 waren krasser Ausdruck dieser Politik.

Die Sowjetunion war weitgehend machtlos, sie geriet in einer sich zuspitzenden internationalen Lage in eine gefährliche Isolierung, die Führung rang um Schlussfolgerungen.

Im Frühjahr und Sommer 1939 öffneten sich ihr zwei gefahrvolle Wege. Auf der einen Bahn ergaben sich seit April 1939 zwischen Großbritannien und Frankreich einerseits und der Sowjetunion andererseits politische und militärische Verhandlungen, die zum Abschluss eines Bündnisses zur Zügelung Hitlerdeutschlands führen sollten.

Die Verhandlungen verliefen zäh, monatelang unter Misstrauen und führten schließlich bei den Militärverhandlungen im August in Moskau in die Sackgasse als die Vertreter der Westmächte keine Vollmachten zum Abschluss eines Abkommens und keine polnische Zusage zum Durchmarschrecht sowjetischer Truppen durch Polen im Falle einer militärischen Auseinandersetzung mit Deutschland vorlegen konnten.⁴

Zu dieser Zeit wurde bereits auf der anderen Bahn die Moskauer Führung um Stalin von deutscher Seite heftig mit dem Vorhaben umworben, die zugespitzten Beziehungen zu entspannen und einen entsprechenden Vertrag mit Berücksichtigung der beiderseitigen Interessen abzuschließen. Dem wurde schließlich und doch in großer Eile mit dem Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939 und dem dazugehörigen „Geheimen Zusatzprotokoll“ entsprochen. (Deutlich wird diese Eile wenn man sich diese Dokumente im Original mit den mehreren, nicht einmal korrigierten Schreibfehlern anschaut.)

Nach dem überhasteten Abschluss des Vertrages ging es sehr schnell um seine Ausgestaltung und Interpretation.

³ Siehe dazu Günter Rosenfeld: Sowjetunion und Deutschland 1922 – 1933. Berlin 1984.

⁴ Zu diesen Verhandlungen gibt es eine umfangreiche Literatur. Sie sind immer wieder Streitobjekt. Ich habe meine erste wissenschaftliche Veröffentlichung, Ergebnis meiner Diplomarbeit, deren Grundaussagen ich noch heute teile, 1959, vor mehr als 55 Jahren publiziert. Horst Schützler: Die politischen Verhandlungen der Sowjetunion mit Großbritannien und Frankreich im Frühjahr und Sommer 1939. In. Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. 1959. Heft 8. S. 1716 – 1742.

Es folgten 22 Monate – keine zwei Jahre – widersprüchlichen Verhaltens der beiden Partner in ihren politischen und wirtschaftlichen Beziehungen und in der internationalen Arena.

Ich kann hier nur einige Einblicke bieten.

Zu den politischen Beziehungen

Am 1. September überfiel die faschistische Wehrmacht Polen, überrannte es, überzog das Land mit Zerstörung und Tod. Die Westmächte Großbritannien und Frankreich folgten ihrem Garantieverprechen gegenüber Polen und erklärten Hitlerdeutschland den Krieg, ohne ihn aber faktisch militärisch zu führen.

Der Zweite Weltkrieg hatte nach vorausgegangenen Annexionen und Kriegen in Europa Afrika und Asien endgültig begonnen.

Ab 17. September besetzten Truppen der Roten Armee in Ausdeutung des „Geheimen Zusatzprotokolls“ unter zweifelhaften Erklärungen der sowjetischen Führung, angesichts des Zerfalls des polnischen Staates die belorussische und ukrainische Bevölkerung – mehr als 13 Millionen Menschen – in Schutz nehmen zu müssen, Ostpolen, das dann sehr schnell in die UdSSR eingegliedert wurde.

(Die deutsche Seite hatte seit dem 5. September zu diesem Einmarsch gedrängt, doch die sowjetische Seite hielt sich zunächst zurück, wohl um einer Kriegserklärung Großbritanniens und Frankreichs als Garantiemächte Polens zu entgehen.

Ca. 450 000 polnische Militärangehörige, darunter 18 500 Offiziere, gerieten bei dieser Aktion in sowjetische Hand/Gefangenschaft/Internierung. Entsprechend einem Politbüro-Beschluss des ZK der KPdSU vom 5. März 1940 wurden danach 21 857 Offiziere und weitere inhaftierte polnische Bürger erschossen – ein grausiges Verbrechen, das bis heute Nachwirkungen hat.)

Am 28. September wurde zur Klärung von Grenzfragen ein Vertrag mit einem geheimen Zusatzabkommen geschlossen, der jetzt als „Grenz- und Freundschaftsvertrag“ titulierte wurde. Litauen wurde nun der sowjetischen Interessensphäre zugeordnet und die Aufteilung des polnischen Territoriums neu geordnet.

Blickt man auf die nachfolgenden Monate, so wird ersichtlich, dass sich die Beziehungen der beiden Staaten im Spannungsfeld des sich ausweitenden Krieges in Europa gestalteten. Sie waren sowohl von einer Kooperation als auch – vor allem seit dem Herbst 1940 – von zunehmenden Interessengegensätzen und Konflikten geprägt.

Insbesondere die unerwartet schnelle Niederwerfung Frankreichs im „Blitzkrieg“ im Juni 1940 und der damit verbundene Machtzuwachs Hitlerdeutschlands beunruhigte die sowjetische Führung stark.

Das bestärkte sie zu Handlungen und Maßnahmen im Baltikum, die zu wesentlichen Veränderungen in der politischen Struktur Litauens, Lettlands und Estlands und schließlich im Sommer 1940 zum „Anschluss des Baltikums unter Androhung von Gewalt mit nachfolgender Sowjetisierung“ führten, wie russische Historiker es vorziehen anstelle von „Okkupation“ zu schreiben.⁵

⁵ Darauf verwies der Direktor des Instituts für Allgemeine Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften, Akademiemitglied A. O. Tschubarjan. In: *Meždanarodnyj krizis 1939 - 1941 gg.*:

Meine Kollegin Sonja Striegnitz, Michael Rosenbusch und ich haben es mit der Herausgabe eines Dokumentenbandes 1991 vorgezogen, diese Vorgänge als „Szenarium einer Okkupation und Angliederung“ zu werten.⁶

Zu diesen Vorgängen gehört auch der sowjetisch-finnische Winterkrieg 1939/40, in dessen Ergebnis zwar keine sowjethörige Regierung in Finnland installiert werden konnte, jedoch mit der Grenzverschiebung die direkte Bedrohung Leningrads aus dem Norden im Kriegsfall beseitigt wurde. Die Sowjetunion wurde als „Aggressor“ aus dem Völkerbund ausgeschlossen.

Ferner war es das im Herbst 1940 forcierte Vordringen Deutschlands auf dem Balkan, dem sich die Sowjetunion erfolglos entgegenstellte, das die Gegensätze stärker werden ließ.

Mit dem am 31. Juli 1940 vor der Generalität von Hitler verkündeten „Entschluss, Russland zu erledigen“ und der konkreten Weisung Nr. 21 (Fall Barbarossa) vom 18. Dezember 1940 im Hintergrund nahmen die deutsch-sowjetischen Beziehungen jenen Weg zunehmender, in der Öffentlichkeit geleugneter Spannungen, der nach sechs Monaten in den Überfall der faschistischen Wehrmacht mit ihren Vasallen auf die Sowjetunion mündete.

Nun standen dem Land schwierige Zeiten bevor.

Zu den Wirtschaftsbeziehungen⁷

Für die Zeit nach dem Nichtangriffsvertrag bis zum Überfall sind vor allem die politischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern im Blick und ausgedeutet worden.

Doch auch die wirtschaftlichen Beziehungen waren von beträchtlicher Bedeutung. Sie müssen beachtet und in ihrer politischen Bedeutung gesehen werden.

Im Rahmen der Rapallo-Politik und gegründet auf beiderseitige wirtschaftliche Interessen hatten die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen einen wichtigen Platz und beachtliche wirtschaftliche Bedeutung erlangt.

Die Errichtung der faschistischen Diktatur Anfang 1933 und der eingeschlagene antisowjetische Kurs wirkten sich negativ auf die Wirtschaftsbeziehungen aus.

Dennoch erfolgte kein Abbruch, ebenso wie auch die politisch-diplomatischen Beziehungen, wenn auch unterkühlt, weiterliefen.

Zwischen dem Nichtangriffsvertrag und dem Überfall am 22. Juni 1941 nahmen in den knapp zwei Jahren die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Staaten einen außergewöhnlichen Aufschwung.

Bereits im Vorfeld des Nichtangriffsvertrages leitete ein am 19. August in Berlin unterzeichnetes Kreditabkommen die neue Periode der Wirtschaftskooperation ein.

Hatte das deutsch-sowjetische Handelsvolumen im Jahre 1939 mit nur 61 Mio.

ot sovetsko-germanskich dogovorov 1939 g. do napadenija Germanii na SSR. Materialy meždunarodnoi konferencii ..., Moskva, 3 - 4 fevralja 2005. Moskau 2006. S. 6.

⁶ Schauplatz Baltikum. Szenarium einer Okkupation und Angliederung. Dokumente 1939/1940. Herausgegeben, eingeleitet und übersetzt von Michael Rosenbusch, Horst Schützler und Sonja Striegnitz. Berlin 1991.

⁷ Siehe u. a. Heinrich Schwendemann: Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion von 1939 bis 1941. Alternative zu Hitlers Ostprogramm?. Berlin 1993.

RM den Tiefstand der Zwischenkriegszeit erreicht, so erreichte es im 1. Halbjahr 1941 mit etwa 425 Mio. eine Rekordhöhe.

Die deutsche Industrie lieferte Investitionsgüter, industrielle Anlagen und Rüstungsmaterial – Röhren, Draht, Dieselmotoren, Werkzeugmaschinen, Elektromotoren, Elektrokabel, Vorrichtungen für Telegraphie, Elektrische Messgeräte, Flugzeuge, Seeschiffe – und in beträchtlichem Maße auch Steinkohle.

Die Sowjetunion war seit Sommer 1940 wichtigster Rohstofflieferant des durch die britische Blockade vom Weltmarkt weitgehend abgeschnittenen Deutschen Reiches. Sie lieferte Mineralöl, Getreide, Baumwolle, Holz, Chrom, Mangan, Platin, Kupfer, Phosphate u. a. Rohstoffe.

Darüber hinaus ermöglichte Moskau über die Transsibirische Bahn die Weiterführung des deutschen Außenhandels mit dem Mittleren und Fernen Osten.

Bei diesen nüchternen Angaben darf ihr Hintergrund nicht übersehen werden.

Beim Zustandekommen dieses Handelsaustausches gab es Übereinkünfte, Ablehnungen und Zugeständnisse.

Dabei spielte auf deutscher Seite das Bestreben, für die Kriegführung dringend benötigte Rohstoffe und Nahrungsmittel zu erhalten, eine erstrangige Rolle. Sie wollte zudem mit der Steigerung der deutschen Ausfuhr mit Beginn des Jahres 1941 die sowjetische Führung über die inzwischen laufenden Vorbereitungen zum Überfall täuschen.

Auf sowjetischer Seite ging es zum einen bei den deutschen Lieferungen um die Bedürfnisse der Wirtschaft und Rüstung. Zum anderen war der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen ein wesentliches Mittel, um Hitler auf der Linie des Nichtangriffsvertrages zu halten.

Stalin war auch nach Abkühlung und Zuspitzung der politischen Beziehungen, besonders nach dem Molotow-Besuch im November 1940 in Berlin, bemüht, durch Entgegenkommen in den Wirtschaftsbeziehungen und das pünktliche Einhalten der Lieferungen Hitler keinerlei Vorwand zu militärischen Handlungen gegen sein Land zu geben.

Manche schreiben von einer Politik des „ökonomischen Appeasement“ Stalins gegenüber Hitler.

Nach Meinung des russischen Historikers Sergei Kudrjatschow war das „ökonomische Appeasement“ seitens Stalins „äußerst mäßig. ... Erst in den letzten Vorkriegsmonaten war Stalin bereit zu ökonomischen Zugeständnissen, die man nicht anders benennen kann als kostspielige Demonstration der Loyalität“.⁸

Die Aufnahme des Vertrages und seiner Folgen in der Sowjetunion

Der Vertrag erregte seinerzeit in der spannungsgeladenen Vorkriegsatmosphäre sensationelles Aufsehen in der Welt.

Er stellte die internationale Diplomatie in eine neue Sachlage.

Er brachte die internationale kommunistische Bewegung und andere in schwere Bedrängnis, denn er bedeutete eine Kehrtwende in den konfrontativen Beziehungen der beiden Mächte.

(Darüber zu reden, ist nicht mein Thema.)

⁸ Sergej Kudrjačev: Naučnoe predislovie. In: SSSR – Germanija 1933 – 1941. Dokumenty. Vestnik archiva prezidenta Rossijskoj federacii. Moskau 2009. S. 35.

In der Sowjetunion fanden der Vertrag und die nachfolgende Entwicklung eine irritierte, geteilte Wahrnehmung mit Verwunderung, Fassungslosigkeit, Zustimmung, Unverständnis und auch Ablehnung.

Der Vertrag verunsicherte die Bürger, die gewohnt waren, zu hören und zu lesen, dass der Faschismus der schlimmste Feind sei. Doch angesichts der allgemeinen Sorge und der ständig wachsenden Kriegsdrohung wurden der Vertrag und die folgenden Schritte auch mit Erleichterung in der Erwartung aufgenommen, außerhalb des Kriegsbrandes bleiben zu können, der Europa zu erfassen drohte.

Jene, die den Antifaschismus verinnerlicht hatten und dem faschistischen Deutschland tief misstrauten, nahmen den Vertrag und die öffentliche Zurschaustellung des neuen „freundschaftlichen“ Vertragsverhältnisses mit dem faschistischen Deutschland mit Befremden, Unbehagen und Zweifel hin. Doch Widerstand wurde kaum deutlich. Andere vertrauten der „weisen“ Führung Stalins und folgten ihr.

Die sowjetische Propaganda musste eilig eine scharfe Wendung um 180 Grad vollziehen.

„Mit der Feindschaft zwischen Deutschland und der Sowjetunion wird Schluss gemacht. Die Unterschiede in der Ideologie und im politischen System dürfen und können kein Hindernis für die Herstellung gutnachbarlicher Beziehungen sein. Die Freundschaft der Völker der Sowjetunion und Deutschlands ... soll jetzt die notwendigen Voraussetzungen zu ihrer Entwicklung und Blüte erhalten“.⁹ So hieß es in der Prawda.

Auf der Sitzung des Obersten Sowjets der UdSSR am 31. August anlässlich der Ratifizierung des Nichtangriffsvertrages erläuterte der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare Molotow das Zustandekommen, den Inhalt und die Bedeutung des Abkommens. „Der Nichtangriffspakt zwischen der Sowjetunion und Deutschland ist ein Wendepunkt in der Geschichte Europas, ja, und nicht nur Europas. ... Jawohl, gestern noch waren wir auf dem Gebiet der äußeren Beziehungen Feinde. Heute jedoch hat sich die Situation geändert und wir haben aufgehört, Feinde zu sein“.¹⁰

Hitler kommentierte am folgenden Tag in seiner Rede vor dem Großdeutschen Reichstag: „Die Rede, die der russische Außenkommissar Molotow hielt, kann ich Wort für Wort unterschreiben“.¹¹

Molotow hatte in seiner Rede auch darauf hingewiesen, „dass es auch in unserem Land einige kurzsichtige Leute gab, die hingerissen von der vereinfachten antifaschistischen Agitation die provokatorische Arbeit unserer Feinde vergaßen“.¹²

Den Schriftsteller und Publizisten Ilja Ehrenburg, der zu dieser Zeit antifaschistisch tätig noch in Paris lebte, verletzten Molotows Worte über die „kurzsichtigen Antifaschisten“. Er hatte wenige Tage vorher von der Unterzeichnung des Abkommens gehört.

„Mit dem Verstand begriff ich, dass etwas Unvermeidliches geschehen war. Mit dem Herzen konnte ich es nicht fassen“.¹³ Ab Ende Juli 1940 wieder in Moskau musste es

⁹ Sowjetstern und Hakenkreuz. a. a. O.. S. 238/239.

¹⁰ Ebenda. S. 244 ff..

¹¹ Ebenda. S. 247.

¹² Iswestija. 01. 09. 1939.

¹³ Ilja Ehrenburg: Menschen Jahre Leben. Memoiren. Band II. Berlin 1978. S. 508 ff..

der Antifaschist aushalten (auch finanziell), dass Beiträge von ihm in Zeitungen und Zeitschriften nicht erwünscht waren.

Als Ausweg arbeitete er mit Hingabe an seinem Roman „Der Fall von Paris“.

Doch Auszüge daraus wurden zur Veröffentlichung zunächst nicht angenommen.

Am 24. April 1941 erkundigte sich Stalin in einem Telefongespräch, das er mit Ehrenburg führte, nach dem Stand der Fertigstellung des Romans.

Ehrenburg äußerte Zweifel an einer Veröffentlichung, man dürfe ja nicht einmal im Dialog das Wort „Faschist“ gebrauchen. Stalin scherzte: „Schreiben Sie nur, wir beide werden den dritten Teil schon durchbringen...“¹⁴ Ehrenburg war klar, dass es nicht um Literatur ging; Stalin wollte auf diese Weise ein Warnzeichen setzen.

Eine Redaktion nach der anderen rief nun an und bat um Ausschnitte aus dem Roman; Lesungen folgten; so am 21. Juni in einem Betrieb. Der Vorsitzende sagte: „Wir sind keine Insel, sondern ein gigantischer Kontinent des Friedens“. Kommentar: „Wenn man so was hört, möchte man wild drauflos fluchen...“¹⁵

Der Schriftsteller Wsewolod Wischnewski, Vorsitzender der Verteidigungskommission beim sowjetischen Schriftstellerverband, reagierte auf den Nichtangriffsvertrag und den folgenden Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September mit der folgenden kurzfristigen Annäherung zwischen Deutschland und der Sowjetunion entschieden ablehnend und gab seine Feindschaft gegenüber Deutschland und das Nazi-Regime nie auf, wie seine Notizbücher offenbaren.

Er sah in Hitler einen vertragsbrüchigen „tollwütigen Hund“, war überzeugt, dass dieser den Nichtangriffsvertrag brechen und es „in naher Zukunft“ zu einer militärischen Auseinandersetzung mit Deutschland kommen werde, was er anderen Schriftstellern auch wissen ließ. Er entwarf ein düsteres Szenario für den Fall einer Niederlage der Sowjetunion. Er war optimistisch, dass man „zu gegebener Zeit“ das Schweigen zum Faschismus in Deutschland aufgeben werde.

„Wir schreiben unter kriegsbedingten Beschränkungen, sichtbaren und unsichtbaren. Man möchte vom Feind sprechen, unsere Wut über das, was im gekreuzigten Europa geschieht, herausschreien. Vorläufig heißt es schweigen“. Wischnewski hielt an seiner Überzeugung fest, dass die Sowjetunion, wenn es soweit ist, gegen die Achsenmächte antreten werde: Die UdSSR wird Hitler »aufs Haupt« schlagen. Er ist unser gefährlichster Feind, er ist schnell und brutal“.

Bezogen auf sich selbst, schlussfolgerte Wischnewski, dass er seine größten Kämpfe noch vor sich habe. Am 13. Mai 1941 vermerkte er in seinem Notizbuch: „Für Hitlers System ist kein Platz! Da gibt es kein Schwanken - wenn's sein muss, ziehe ich als einfacher Soldat noch einmal in den Krieg!“¹⁶

Wolfgang Leonhard und Markus Wolf, uns allen bekannte Persönlichkeiten, die ihre Jugendjahre in Moskau erlebten, berichten aus der Erinnerung über Erschütterung und Fassungslosigkeit, die Sowjetbürger und deutsche Antifaschisten nach dem Vertragsabschluss erfassten. Sogar Freundschaften zerbrachen im Streit um den Vertrag und die damit verbundene Kehrtwende.

¹⁴ Ebenda. S. 545.

¹⁵ Ebenda. S. 547.

¹⁶ Siehe diese Darstellung bei Wladimir Neweshin: Das Feindbild eines Kombattanten. Der Schriftsteller Wsewolod Wischnewskij in den Weltkriegen. In: Verführungen der Gewalt. Russen und Deutsche im Ersten und Zweiten Weltkrieg. Herausgegeben von Karl Eimermacher und Astrid Volpert unter Mitarbeit von Gennadij Bordjugow. München 2005. S. 690 – 695.

Wolfgang Leonhard erlebte die Nachricht vom Nichtangriffspakt in den Sommerferien am Asowschen Meer als Mitteilung des Politleiters des Moskauer Kinderheims für Kinder österreichischer Schutzbundkämpfer und deutscher Emigranten. „Wir starrten ihn mit offenem Mund an. Alles hatten wir erwartet, aber das nicht. ... Wir waren wie vom Donner gerührt. Fassungslos und schweigend saßen wir da“. Wenige Tage später wurde das Heim in Moskau aufgelöst.¹⁷

„Unter den Emigranten in Moskau gibt es darüber (über den Vertrag – H. S.) heftige Debatten“, erinnerte sich Markus Wolf. „Es ist in der Tat für viele von ihnen schwer zu ertragen, auf den Titelseiten der PRAWDA Fotos von Stalin neben dem Naziaußenminister Ribbentrop zu sehen. ... Die Jungen der Troika wissen von alledem wenig. Für sie sind die Vorgänge schwer durchschaubar. ... Wir interessieren uns für vieles, verstehen manches nicht, vertrauen wie die meisten Erwachsenen der Führung, teilen aber auch die Gefühle der Abneigung gegen alles, was wie eine Annäherung an das gehasste Naziregime aussieht“.¹⁸

Natürlich berichteten die Staatssicherheitsorgane über die „Stimmung in der Bevölkerung“ zum Nichtangriffsvertrag und die nachfolgenden Abkommen und Ereignisse.

Einige Berichte von der unteren Ebene über die Stimmung auf dem Land „Das sowjetische Dorf mit den Augen des ... NKWD“¹⁹ sind veröffentlicht.

Diese informieren über die große Zustimmung zu den Verträgen als „großen Sieg der sowjetischen Diplomatie, der in der UdSSR den friedlichen Aufbau der kommunistischen Gesellschaft sicherte“, wie sie in Veranstaltungen, Zuschriften, Erklärungen und Gesprächen im dörflichen Bereich zum Ausdruck gebracht wurde. Sie zeigen, dass ein großer Teil der Bevölkerung den Vertrag mit Erleichterung angesichts drohender Kriegsgefahr aufnahm.

Diese Zustimmung musste der sowjetischen Führung als normal gefallen.

Jedoch verdeutlichten die Berichte – hier aus der Ukraine – vom September 1939 Besorgnisse und auch antisowjetische Haltungen mit oft drastischen Äußerungen anderer Teile der Bevölkerung, zumeist der in großer Armut und Unzufriedenheit lebenden, in die Kolchosen gezwungenen Bauern und Kosaken. Dies musste schon mehr beachten werden.

So wurden Äußerungen des Bedauerns über den Abschluss des Paktes und defätistische Meinungen und Verleumdungen wiedergegeben und die entsprechenden Personen mit dem Vermerk benannt, dass gegen sie die notwendigen Maßnahmen getroffen wurden. (einige Beispiele):

„Bis zur Vereinbarung war es möglich, einen baldigen Krieg mit Deutschland zu erwarten, was zur Vernichtung der in der UdSSR existierenden Ordnung geführt hätte. Jetzt ist dieser Krieg auf unbestimmte Zeit vertagt, die Lage der Sowjetmacht und der Partei festigte sich“.

¹⁷ Wolfgang Leonhard: Die Revolution entlässt ihre Kinder. Köln. Berlin 1955, S. 52 ff..

¹⁸ Markus Wolf: Die Troika Geschichte eines nichtgedrehten Films. Nach einer Idee von Konrad Wolf. Berlin und Weimar. 2. Auflage 1989. S. 66 – 68.

Markus Wolf schrieb mir als Moderator einer Veranstaltung der „Berliner Freunde der Völker Russlands“ am 21. Januar 2001 mit über hundert Teilnehmern in sein Buch. „Für Horst Schützler mit den besten Wünschen nach Erfolg in der neuen wichtigen Mission“.

¹⁹ Sovetskaja derevnja glazami VČK – OGPU – NKWD. Tom 4. 1935 – 1939. Dokumenty i materialy. Moskau 2012. S.791 – 804.

„Wir alle erwarteten von Stunde zu Stunde den Krieg und erwarteten, dass nur dieser uns, die Kosaken, von den Bolschewiken befreit, und das kann nur Deutschland. „Jetzt wird Deutschland bei uns alle Produkte nehmen und wir werden zum Hungern verdammt“. „Wie kann unser Land denn stark sein, wenn wir, die Bauern, die Kolchosniki, barfüssig und nackt herumlaufen“.

„Dass die Rote Armee stark ist, ist leeres Gerede. In der Armee sind die Kinder der Bauern und sie wissen, wie ihre Eltern leben. ... Uns hat die Sowjetmacht Armut gebracht, wir werden sie nicht verteidigen“.

„Wie ist dieser Hitler schlau, er ging auf die UdSSR zu und schloss den Vertrag. Jetzt zertrümmert Deutschland alle Länder, aber die UdSSR wird warten und schweigen, doch danach wird Deutschland auch über die Sowjetunion nachdenken“.

„Wie gut, dass der Krieg begann. Die Kommunisten tranken reichlich unser Blut, jetzt wurde deutlich, dass wir bald das Blut der Kommunisten aufsaugen werden. ... Uns haben die Kommunisten mit Gewalt in die Kolchosen gejagt, aber bald werden wir sie in die Sümpfe jagen.“

„Wartet, es kommt die Zeit, und wir werden uns rächen“.

Soviel aus den NKWD-Berichten, die zumeist an den Volkskommissar für Innere Angelegenheiten Berija adressiert waren.

Wertungen in der Sowjetunion und Russland in Vergangenheit und Gegenwart

Mit dem Vertrag waren und sind immer wieder heftige wissenschaftliche und politische Debatten über Politik und Moral, nationale Interessen und Völkerrecht verbunden.

Sie wurden besonders zu Jubiläen sehr heftig ausgetragen, wie in den Jahren 2009 und 2011 im Zusammenhang mit dem 70. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges, des Überfalls Hitlerdeutschlands auf Polen am 1. September 1939 und des faschistischen deutschen Überfalls auf die Sowjetunion und des Beginns des Großen Vaterländischen Krieges der Völker der UdSSR.

Sie werden sich in diesem Jahr mit dem bevorstehenden 75. Jahrestag des faschistischen Überfalls auf die Sowjetunion und des Beginns des Großen Vaterländischen Krieges fortsetzen.

Ich kann mich bei diesen Wertungen und damit verbundenen Auseinandersetzungen nur in erster Linie der Geschichtsschreibung und historisierenden Publizistik zuwenden und muss anmerken, dass nach dem Zeugnis russischer Historiker (Sergei Kudrjatschow, Alexander Schubin u. a.) in der unübersehbaren Vielzahl von Publikationen zum Großen Vaterländischen Krieg und seiner Vorgeschichte niveuvolle, oft nur in „mikroskopischer Auflage“ herausgegebene Bücher nicht so sehr das gesellschaftliche Bewusstsein, das Meinungsbild, prägen als vielmehr auf Sensation angelegte Publikationen mit einem Gemisch von Wahrheiten, Halbwahrheiten, Erfindungen und Lügen.

Letzteres gilt auch für die Medien, besonders das Fernsehen, als wichtigste Quelle des historischen Wissens der großen Masse der Bevölkerung. Das muss bedacht werden.

Ein Rückblick:

Zu Sowjetzeiten gab es eine weitgehend einhellige Darstellung und verbindliche Wertung des Nichtangriffsvertrages, sein Geheimes Zusatzprotokoll wurde verschwiegen. Sie wurde postuliert – wenn man so sagen will – in Leitpublikationen zur Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges und seiner Vorgeschichte, die auch in der DDR erschienen.²⁰

Das waren:

- J. W. Stalin: Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion, seit 1946 wiederholt erschienen, u. a.. Berlin 1952,

- Geschichtsfälscher. Historische Richtigstellung. Sowjetisches Informationsbüro. Moskau 1948 und 1951. Auflage 200 000, eine Auftaktbroschüre im Kalten Krieg – auch der Historiker, ²¹

- die sechsbändige Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion 1941 – 1945. Moskau 1960 - 1965, mit hoher Auflage,

- die zwölfbändige Geschichte des Zweiten Weltkrieges. Moskau 1973 -1982, wiederum in riesiger Auflage von 330 000 Exemplaren. Die ersten beiden Bände widmeten sich der Vorgeschichte des Krieges, u. a. einer einseitig positiven Wertung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages vom 23. August 1939.

Stalin hatte mit seiner Publikation die Konzeption zur Darstellung des Großen Vaterländischen Krieges als großen vaterländischen Volks- und Befreiungskrieg, in den das Sowjetvolk unter seiner und der Kommunistischen Partei kluger Führung durch den wortbrüchigen, überraschenden Überfall Hitlerdeutschland gezwungen wurde, vorgegeben, an die sich zu halten war und die auch befolgt wurde. So auch in der Geschichtsschreibung der DDR.

Im August 1987, in der Zeit der Perestroika, fasste das Politbüro des ZK der KPdSU einen Beschluss zur Erarbeitung eines zehnbändigen Werkes „Der Große Vaterländische Krieg des Sowjetvolkes“. Doch dazu kam es nicht.

Das Autorenkollektiv unter Leitung von Dmitri Wolkogonow, Direktor des Instituts für Militärgeschichte des Verteidigungsministeriums der UdSSR und inzwischen Autor einer umstrittenen Stalinbiographie „Stalin. Triumph und Tragödie“, zerstritt sich – Ausdruck der kontrovers gewordenen Sicht auf den Krieg und seinen Vorabend.

Der Entwurf des ersten Bandes, der sich ja mit unserer Thematik auseinandersetzte, wurde als „Schwärzung/Verleumdung der Geschichte“, als „misslungen“ zurückgewiesen. Wolkogonow nahm seinen Hut.

Die UdSSR zerfiel; vom „Sowjetvolk“ war nicht mehr zu reden, doch vom „Großen Vaterländischen Krieg“ oder von einem „Anderen Krieg“ – „Drugaja woina“ um so mehr.

²⁰ Siehe Horst Schützler: Der „Große Vaterländische Krieg“. Neue Sichten und Einsichten in Russland und seiner Geschichtsschreibung. Pankower Vorträge. Heft 143. „Helle Panke“ e. V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin. Berlin 2010. S. 6 ff..

²¹ Fal'sifikatory istorii. Istoričeskaja spravka. Moskau 1948.

1998/99 erschien entsprechend einer Direktive des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation von Januar 1993 ein umfangreiches vierbändiges Werk „**Der Große Vaterländische Krieg 1941 – 1945. Militärhistorischer Abriss**“²² in bescheidener Auflage von 2000 Exemplaren je Band.

Diese Publikation unterscheidet sich von früheren mehrbändigen Darstellungen des Großen Vaterländischen Krieges vor allem durch einen „neuen konzeptionellen Ansatz, frei vom ideologischen Diktat früherer Jahrzehnte“, wurde positiv vermerkt.²³

Anmerkung: Oft wird in der Bewertung historischer Publikationen, wie vorher angeführt – „frei von politischer Zensur und ideologischer Verbote“ – hervorgehoben, doch dabei übergangen, dass die „politischen Überzeugungen“ der Autoren wesentlichen Einfluss auf den Inhalt ihrer Veröffentlichungen hatten und haben.

Dies lässt sich auch für die Darstellung des Vorabends des Krieges sagen. Mit gewisser Ausführlichkeit und Tiefe werden die positiven und die negativen Seiten, das Für und Wider des Nichtangriffvertrages und des Zusatzprotokolls in ihrer Wirkung für die Sowjetunion behandelt.²⁴

Ich will diese Auflistung der positiven und negativen Seiten zeitsparend übergehen, zumal sich diese in den nachfolgend zu behandelnden Auseinandersetzungen wiederfinden.

Zur positiven Seite werden gezählt:

Das Abkommen – Vertrag und Zusatzprotokoll sind als Einheit zu erfassen – ermöglichte es der UdSSR,

- der Perspektive zu entgehen, in einen Krieg unter für sie ungünstigen Bedingungen zu geraten,
- die Möglichkeit eines „neuen Münchens“ rechtzeitig abzuwenden,
- dem Vordringen des Faschismus nach Osten, zu den Grenzen der UdSSR, eine räumliche Barriere zu setzen,
- falls notwendig, ihre Truppen auf das Territorium jener Länder zu führen, die zu ihrer „Interessensphäre“ gehörten und dabei die in Ostpolen lebenden Ukrainer und Belorussen in den Bestand der Sowjetunion zurückzuführen und zudem eine um 200 bis 250 Kilometer vorgezogene strategische Verteidigungslinie zu errichten,
- außerhalb eines Krieges zwischen Deutschland und den Westmächten zu bleiben,
- für den Kriegsfall Zeit zu gewinnen für die Stärkung ihres Verteidigungspotentials,
- im Fernen Osten zu Vereinbarungen mit Japan zu kommen.

Zur negativen Seite werden gerechnet:

- die Unrechtmäßigkeit, Völkerrechtswidrigkeit des Geheimen Zusatzprotokolls,
- der internationale Ansehensverlust der Sowjetunion,
- der Schaden, den die kommunistische Weltbewegung in ihrem Ansehen und ihrer Orientierung erlitt,
- die Verunsicherung auch des Sowjetvolkes.

²² Velikaja Otečestvennaja vojna 1941 - 1945. Voenno - istoričeskie očerki. V četyrech knigach. Moskau 1998 – 1999.

²³ B. A. Toman: Novoe fundamentalnoe izdanie po istorii Velikoj Otečestvennoj vojny. In: Novaja i novejšaja istorija. 2000. Nr.6. S.3. Siehe auch die Wertungen von A. A. Paderin. In: Ebenda. 2000. Nr.3. S. 40 ff. und Ju. A. Poljakov. In: Ebenda. 2000. Nr. 5. S. 61.

²⁴ Siehe Velikaja Otečestvennaja vojna 1941 – 1945. Voenno - istoričeskie očerki. a. a. O.. Kniga 1 Surovye ispytanija. Moskau 1998. S. 26 ff..

Auch der „Vertrag über Freundschaft und Grenze“, wie er hier in wohl bewusster Umdrehung genannt wird, richtig „Grenz- und Freundschaftsvertrag“, wird in diese negative Sicht mit der Feststellung einbezogen: „Bei der Unterzeichnung dieses Vertrages wurden größte Brüche des internationalen Rechts zugelassen. Der Vertrag vom 28. September sah die „Freundschaft“ mit dem Reich vor, obwohl die Staatsinteressen der Sowjetunion erforderten, auf der Position der Neutralität zu bleiben und sich auf den entscheidenden Zusammenstoß mit dem Faschismus vorzubereiten“.²⁵

Im Jahr 2015 erschien der letzte Band einer zwölfbändigen monumentalen Publikation „**Der Große Vaterländische Krieg 1941 – 1945**“.²⁶

Der erste Band war 2011 mit ca. 850 Seiten, reich illustriert, mit einer Auflage von ca. 10 000 Exemplaren erschienen. Das war auch bei den anderen Bänden so.

Ich will etwas ausführlicher auf den politischen Gehalt dieser jüngsten Publikation mit Verwendung ihres Sprachgebrauchs eingehen, da sie die offiziöse Sicht mit deutlicher Aufgabenstellung zum Ausdruck bringt.

Das Projekt wurde entsprechend einer Präsidentenverfügung vom 5. Mai 2008 in Trägerschaft des Ministeriums für Verteidigung der Russischen Föderation von einem großen Autorenkollektiv aus mehreren Institutionen des Landes verwirklicht.

Es ist, so mein Eindruck, ganz im Sinne einer national-patriotischen Erziehung abgefasst und widmet der Auseinandersetzung mit der Entstellung und Verfälschung der Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges und seiner Vorgeschichte große polemische Aufmerksamkeit.

Im ersten Band wendet sich der Präsident der Russischen Föderation **Dmitri Medwedjew** an die Leser: Das Land befinde sich in einer wichtigen historischen Etappe. Bei der Suche nach Wegen der weiteren Entwicklung müsse man sich dauerhaft auf die Vergangenheit stützen, besonders auf die Erinnerung an den großen Sieg über den Faschismus und seine Lehren.

Der Band über die wichtigsten Ereignisse des Krieges sei deshalb so wichtig, weil er die Wahrheit über den Großen Vaterländischen Krieg vermittelt und aufruft, sich aktiv mit den Verfälschungen der Geschichte des Kampfes mit dem Faschismus und des Sieges über ihn, mit den Versuchen, den Nazismus, seine Verbrechen und Unmenschlichkeit zu rechtfertigen, auseinanderzusetzen.²⁷

Präsident **Wladimir Putin** wertete im Februar 2015 den zwölften Band „Ergebnisse und Lehren des Krieges“ als bedeutende, den Forderungen der Zeit entsprechende Publikation.²⁸

Verteidigungsminister **Sergei Schoigu**, Vorsitzender der Hauptredaktionskommission, umriss die aktuelle, komplizierte weltpolitische Situation, in der sich Russland vielen gefährlichen Anfeindungen gegenüber sieht.

Er verwies darauf, dass das zwölfbändige fundamentale Werk „nicht nur auf die Bewahrung des heroischen Erbes der Vorfahren, sondern auch auf die Aktivierung

²⁵ Ebenda. S. 28.

²⁶ Velikaja Otečestvennaja vojna 1941 – 1945 godov v dvenadcati tomach. Moskau 2011 – 2015.

²⁷ Ebenda. Tom 1. Osnovnye sobytija vojny. Moskau 2011. S. 5.

²⁸ Ebenda. Tom 12. Itogi i uroki vojny. Moskau 2015. S. 5.

der Ideologie des Patriotismus gerichtet ist, die unser Volk immer einte....Uns allen ist offensichtlich, dass die Rolle der Geschichtswissenschaft in der Erziehung der Patrioten Russlands unter den Bedingungen der Verschärfung des gegenwärtigen Informationskrieges, des unverhüllten Aufzwingens uns fremder Ansichten, des Versuchs, die geschichtliche Erinnerung zu verwischen, die Vergangenheit zu verfälschen, darunter die Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges, wächst wie nie zuvor“.²⁹

Dem wollen die Autoren gerecht werden. Es wird postuliert: “Die wahrhafte Geschichte unseres Landes wird heute zu einem der Ausgangspunkte zur Wiedergeburt des staatsbürgerlichen Selbstbewusstseins in Russland, der Formung der nationalen Idee entsprechend den Forderungen der heutigen Entwicklungsetappe des Landes, – das ist die wissenschaftliche und staatsbürgerliche Position der Autoren, und sie fand adäquaten Ausdruck im Inhalt dieser Arbeit“.³⁰

Das bedingt ganz logisch die Auseinandersetzung mit Auffassungen, die dieser Position – ich nenne sie national-patriotisch, nicht nationalistisch – entgegenstehen.

Sie wird als wichtiger Bestandteil eines „Informationskrieges“ gesehen, in dem sich Russland sowohl mit ausländischen als auch mit inländischen Kräften befindet.

Auseinandersetzung zum Vorabend des Krieges, zum Pakt und seinen Folgen.

Im Blickfeld der Auseinandersetzung stehen das Münchener Abkommen und seine Folgen.

Im ersten Band der zwölfbändigen Geschichte wird das Münchener Abkommen der Länder der „alten Demokratie“ mit den zur Weltherrschaft strebenden faschistischen Staaten als jenes Ereignis erfasst, das im Ergebnis auch zum Zweiten Weltkrieg und zum Überfall Deutschlands auf die UdSSR führte.

Zwei grundlegende Vektoren bestimmten die sowjetische Außenpolitik: ein präventiver, der das Ziel verfolgte, einen Überfall Deutschlands und seiner Verbündeten auf die UdSSR rechtzeitig abzuwenden, und ein auf eine Koalition ausgerichteter, der das Ziel der Schaffung einer Koalition von Staaten und Völkern für den Kampf mit den Aggressoren verfolgte.

Die UdSSR war natürlich interessiert am Abschluss eines politischen und militärischen Bündnisses mit den westlichen Demokratien. ... Doch das gelang nicht. Daraufhin wurde in letzter Stunde der Pakt mit Deutschland unterzeichnet. Das war eine notwendige politische Entscheidung, die das Land auf eine bestimmte, aber nicht näher bekannte Zeit vor einem Krieg mit Deutschland und seinen realen und potentiellen Verbündeten bewahren sollte.

Das Geheime Protokoll und folgende Vereinbarungen, wie der Deutsch-sowjetische Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939, sahen die Abgrenzung der „Interessensphären“ zwischen Deutschland und der UdSSR vor und waren wichtiger Bestandteil der unterzeichneten Dokumente.

In die „Interessensphäre“ der UdSSR wurden Finnland, Estland, Lettland, Litauen, der östliche Teil Polens (Westbelorusland und die Westukraine), Bessarabien und die Nordbukowina einbezogen. Das waren alles Staaten oder Territorien (mit Ausnahme der Nordbukowina), die zu Russland gehört hatten, und von ihm gewaltsam nach dem Ersten Weltkrieg durch Entscheidungen in Versailles oder durch direkte Annexion abgetrennt worden waren.

²⁹ Ebenda. S. 6 ff..

³⁰ Ebenda. S. 18 und 726.

Die Grenze der sowjetischen Interessen wurde durch Deutschland indirekt als maximale Grenze des Vorrückens seiner Truppen nach Osten anerkannt.

Wenn man die Vorzüge und Nachteile der sowjetisch-deutschen Vereinbarungen über die Abgrenzung der „Interessensphären“ für unser Land bewertet, so muss man folgendes beachten. Es gibt in der Militärwissenschaft den Begriff des geostrategischen Raumes. In den Jahren 1939/40 sicherte der sowjetische geostrategische Raum, der bis zu 300 Kilometer nach Westen ausgedehnt wurde, Möglichkeiten für eine erfolgreichere Verteidigung des Landes.

Die Bedeutung des Paktes für den Überfall Hitlerdeutschlands auf Polen zunächst übergehend, kommen die Autoren bei der Skizzierung des Kriegsverlaufs auf den Einmarsch von Einheiten der Roten Armee in das „Territorium der Westukraine und Westbeloruslands“ zu sprechen. (Umgangen wird der Begriff „Ostpolen“.)

Die vordringende deutsche Armee näherte sich den Grenzen der UdSSR. Die deutsche Kommandoführung brach die vereinbarte Demarkationslinie für das Vordringen der Wehrmacht nach Osten und führte ihre Truppen erst nach kategorischer Forderung der sowjetischen Regierung hinter diese Grenze zurück.

Die Mehrheit der Bevölkerung der Westukraine und Westbeloruslands begrüßte die Rote Armee als Befreier von polnischer Unterdrückung. Im November 1939 vereinigte sich die Westukraine mit der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik, Westbelorusland mit der Belorussischen Sozialistischen Sowjetrepublik. Vilnius mit dem dazugehörigen Gebiet, erobert durch Polen im Jahre 1920, kehrte zu Litauen zurück.

In Moskau verstand man klar, dass ungeachtet der erreichten Vereinbarungen, darunter der Neutralitätspakt mit Japan vom 13. April 1941, ein Überfall Deutschlands die gefährlichste Bedrohung für das Land bleibt, und war man bemüht, bei längst nicht immer die besten Entscheidungen und Erklärungen, mehr Zeit für die Festigung der Verteidigung zu gewinnen.

(Soviel aus der neuesten zwölfbändigen Geschichte.

Wird es nun nach diesem voluminösen Werk Beruhigung im Streit und Konsens geben? Wohl nicht. Grundfragen sind deutlich; vieles ist im Detail offen und die politische Ausdeutung wird weitergehen.)

Mit dem Vertrag – ich wies schon darauf hin – sind immer wieder heftige wissenschaftliche und politische Debatten über Politik und Moral, nationale Interessen und Völkerrecht verbunden.

Die Debatten sind zumeist einerseits von einer russisch-patriotischen Sicht geprägt, die frühere sowjetische Auffassungen in sich aufnimmt, und sie werden andererseits von Ansichten der sogenannten „Liberalen“, „Westler“ und „Revisionisten“ getragen, die das sowjetische Geschichtsbild revidieren und weitgehend den hier im Westen gängigen Dogmen, besonders der Totalitarismuskonzeption, folgen.

Ich will diese Debatten anhand einiger Publikationen verdeutlichen.

Zum 70. Jahrestag von Weltkriegsbeginn und Paktabschluss 1939 erschien 2009 ein mit staatlichen Mitteln herausgegebener aufschlussreicher Sammelband „Partitura des Zweiten Weltkrieges. Wer begann wann den Krieg?“³¹ Herausgeber und

³¹ Partitura Vtoroj mirovoj. Kto i kogda načal voinu? N. A Naročnickaja, V. M Falin i drugie. Moskau 2009.

Autoren sind bekannte Politologen, Diplomaten, Historiker, Dumaabgeordnete wie Natalija Narotschnizkaja, Valentin Falin, Julij Kwizinskij.

Bedeutsam: Ein Vorwort kam vom Außenminister Sergei Lawrow.

Die Beiträge sind zumeist sehr polemisch mit deutlichen politischen Stoßrichtungen angelegt.

Sie konzentrieren sich auf den deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag, seine Bewertung damals und nachfolgend.

Das Buch ist auch zum 75. Jahrestag von Überfall und Kriegsbeginn hochaktuell.

Diesem Buch und seiner Linie sind weitere – für den patriotischen Gebrauch gedacht – zuzuordnen.

So das sachliche Buch des Historikers Oleg Wischljow „Stalin und Hitler. Wer wen betrog.“³² Wischljow ist ein angesehener Fachmann auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen und der Vorgeschichte des Großen Vaterländischen Krieges.

Mehr für den polemischen patriotischen Gebrauch verfasste der vielschreibende Militärgeschichtler Arsen Martirosjan das Buch „Vorabend. Der 23. August 1939“.³³ Martirosjan will in zwei Bänden Mythen/Erfindungen zum Molotow-Ribbentrop-Pakt nachgehen und widerlegen.

Für den Massenbedarf ist der Titel „Der Molotow-Ribbentrop-Pakt in Fragen und Antworten“,³⁴ von Alexander Djukow gedacht.

Der Direktor des Fonds „Historisches Gedächtnis“ geht in 20 Fragen und Antworten den Schlüsselfragen des Molotow-Ribbentrop-Paktes nach, darunter auch der nach Alternativen. Er erörtert im Für und Wider sechs Alternativen und kommt schließlich zu dem Fazit: Als vernünftige Alternative zum Molotow-Ribbentrop-Pakt existierte nur eine: der Abschluss einer anglo-französisch-sowjetischen Vereinbarung. Doch London wünschte diese Vereinbarung nicht. Danach erwiesen sich alle Alternativen zur Unterzeichnung der Vereinbarung mit Deutschland für die UdSSR als all zu gefährlich. Keine verantwortungsbewusste Regierung hätte sich auf ein solches Risiko einlassen können.³⁵

Wladimir Medinski, Prof. am Moskauer Staatlichen Institut für Internationale Beziehungen beim Außenministerium, derzeit Duma-Abgeordneter und umstrittener Minister für Kultur, brachte 2011 ein Buch „Krieg. Mythen über die UdSSR 1939 – 1945“³⁶ mit Kurzsays heraus.

Er will mit dem Blick auf Bücher, Filme und Fernsehserien den Lügen über den Krieg mit ironischer, polemischer Entlarvung begegnen, u. a. über die angebliche „Schande“ der Geheimprotokolle des Jahres 1939.

Er wendet sich gegen die immer wieder mit Bildern (auch hier in Deutschland) unterlegte Anschuldigung hinsichtlich gemeinsamer Paraden von Einheiten der Roten Armee und der Wehrmacht in Brest und Lwow/Lemberg im September 1939. Die Bilder zu Brest seien Filmmontage. Die Wehrmacht war 5 Tage früher in der Stadt, zog dann nach Absprache in einer Straße aus der Stadt, während in der anderen die Rote Armee einzog.

³² Oleg Višlev: Stalin i Gitler. Kto kogo obmanul. Moskau 2010.

³³ A. B. Martirosjan: Nakanune 23 avgusta 1939 g.. (Mify pakta Molotova - Ribbentropa). Moskau 2009.

³⁴ A. P. Djukov: „Pakt Molotova – Ribbentropa“ v voprosach i otvetach. Moskau 2009.

³⁵ Siehe Ebenda. S. 58.

³⁶ Vladimir Medinskij: Vojna. Mify SSSR. 1939 – 1945. Moskau 2011.

In und um Lwow kam es zu militärischen Zusammenstößen bis hin zu gegenseitigem Artilleriefeuer.³⁷

Die Logik der UdSSR des Jahres 1939 ist für Medinski nicht die Logik eines erdachten „Imperium des Bösen“. Das ist einfach die Logik eines kämpfenden Staates.³⁸

Für Medinski ist wichtig zu wissen, „auf welchem Fuß“ ein Autor steht, -- „auf dem rechten oder linken.“

(Aufschlussreich ist sein politisches patriotisches Fazit zum Krieg und seiner Vorgeschichte: Der Große Krieg zeigte zum wiederholten Mal die große Lebensfähigkeit unseres Volkes, zeigte seine Kraft, seine Machtfülle. ... Unser Volk ist nicht nur unbesiegbar, kämpfte zeitweilig allein mit der Koalition der vereinten Länder Europas, aber es war auch fähig, das Schicksal der gesamten Welt zu verändern, ein neues Weltsystem zu schaffen. Diese Lehre muss von uns tief erfasst werden. Sie muss Grundlage unseres nationalen Selbstbewusstseins sein, der Eckstein unserer ganzen politischen Propaganda. ... Wir siegten im Krieg, gewannen den Krieg. Die Übrigen halfen uns nur.³⁹)

Als Extrakt und Akzentuierung der Darlegungen der Autoren, besonders die des vom Außenminister Lawrow präsentierten Sammelbandes, prägen sich dem Leser **Kernaussagen** thesenhaft ein, die er mit Verständnis und Zustimmung, aber auch mit Zurückhaltung und auch Widerspruch aufnehmen sollte.

Solche Grundaussagen sind:

Bei der Einschätzung und Bewertung der Ereignisse, des Verhaltens und des Handelns der Akteure und des Zustandekommens von Vereinbarungen und Verträgen muss von der **damaligen** komplizierten internationalen Lage, den **damals** geltenden internationalen Normen, Werten und den **nationalen** Interessen der Staaten ausgegangen werden.

Zur Anprangerung der sowjetischen Außenpolitik werden dagegen in der Regel moralische Wertungen genutzt, ohne Berücksichtigung der konkreten historischen Realien und der Mentalität der Epoche.

Die Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion gründeten sich **nicht** auf der Gemeinsamkeit grundlegender dauerhafter Interessen und **nicht** auf gegenseitiger politischer Sympathie ihrer Führer, der Diktatoren.

Die Vereinbarungen verwandelten Deutschland und die Sowjetunion weder formell noch faktisch in Verbündete, wohl in eine „Interessengemeinschaft auf Zeit“, jede Seite verfolgte eigenen Ziele, war bemüht, die erreichte Übereinkunft für **ihre** Interessen, nicht zuletzt gegen den Partner zu nutzen.

„**Freundschaftsbekundungen**“ von beiden Seiten sind als politische Taktik und Manöver zu werten. (Ob das sein musste ? - H.S.) Es gab keine persönlichen freundschaftlichen Beziehungen auf den verschiedenen Ebenen, sondern Abschottung.

Der Nichtangriffsvertrag entsprach den **völkerrechtlichen** Festlegungen dieser Zeit.

Er verpflichtete zu Neutralität und Nichtangriff im Kriegsfall und **nicht** zum Krieg. Er war **kein** Militärbündnis mit entsprechenden Festlegungen.

³⁷ Siehe ebenda. S. 61 f..

³⁸ Siehe ebenda. S. 71.

³⁹ Siehe ebenda. S. 617.

Er kam in der Abschlussphase der Vorkriegskrise zustande, war **deren Folge** und **nicht die Ursache** dieser Krise.

Die Sackgasse in den Verhandlungen mit Großbritannien und Frankreich brachte Stalin zur Annahme der Vorschläge Deutschlands, aber nicht das Streben Stalins nach Annäherung an Deutschland gebar diese Sackgasse.

In den sich bedrohlich verändernden Umständen des Sommers 1939 führte die UdSSR wie jede andere selbständige Macht eine vielgestaltige Außenpolitik im Suchen nach optimalen Entscheidungen zur Gewährleistung ihrer Sicherheit durch.

Die sowjetische Führung und Diplomatie fanden diese Entscheidung schließlich im Abschluss des Nichtangriffsvertrages und mit dem „Geheimen Zusatzprotokoll“.

Der Vertrag wird von vielen als „großer Erfolg“ der sowjetischen Diplomatie und als wichtige Vorausbedingung für den späteren Sieg im Großen Vaterländischen Krieg gewertet.

Der Vertrag (einschließlich Zusatzprotokoll) ermöglichte es der Sowjetunion:

1. etwa zwei Jahre für die Stärkung ihrer Verteidigungsfähigkeit und zur Vorbereitung auf den unausweichlichen bewaffneten Zusammenstoß mit Deutschland zu gewinnen,
2. die Westgrenze im Schnitt um 300 Km nach Westen zu verlegen,
3. die entsprechenden Gebiete mit etwa 13 Millionen überwiegend ukrainischen, belorussischen und jüdischen Einwohnern in den Bestandteil der Belorussischen und Ukrainischen Sowjetrepublik einzugliedern.

Zudem rief der Vertrag bestimmte Spannungen zwischen Deutschland und Japan hervor, die letztlich dazu führten, dass die Sowjetunion im Großen Vaterländischen Krieg einem Zwei-Fronten-Krieg entging.

Der Pakt kam zur rechten Zeit, war nötig, und unter jenen Bedingungen durchaus legitim und vom Standpunkt der politischen Strategie sehr realistisch.

Geheime Absprachen zur Realisierung staatlicher Interessen, wie sie das „Geheime Zusatzprotokoll“ enthielt, gehörten zur Diplomatie dieser Jahre, waren nichts Ungewöhnliches, kamen zwischen anderen Ländern zur Abgrenzung von „Interessensphären“ zur Anwendung.

Zu erinnern ist an den anglo-italienische Vereinbarung von 1935 über die Abgrenzung der Interessensphären in Afrika, an die anglo-japanische Vereinbarung vom Juli 1939 über die Abgrenzung der Interessensphären in China und an andere Abkommen. Auch an die Völkerrechtswidrigkeit des Münchener Abkommens vom September 1938 ist zu erinnern).

Der Nichtangriffsvertrag ergab sich:

(Ich zähle zusammenfassend Aspekte und Argumente auf.)

1. Aus dem Scheitern der Versuche, ein System der kollektiven Sicherheit zu schaffen und der damit verbundenen deutlichen **Vertragsunwilligkeit der Westmächte** Großbritannien und Frankreich in den britisch-französisch-sowjetischen Verhandlungen im Frühjahr und Sommer 1939 **und auch Polens** mit der Verweigerung des Durchmarschrechts für sowjetische Truppen im Falle einer militärischen Auseinandersetzung mit Deutschland;
2. als Abwehr der Möglichkeit eines antisowjetischen Abkommens zwischen Deutschland und Großbritannien;

3. aus den Bestrebungen und dem Drängen der faschistischen Führung nach Vereinbarungen mit der Sowjetunion, um deren Teilnahme im europäischen Konflikt auf Seiten Englands und Frankreichs zu verhindern und selbst einem Zwei-Fronten-Krieg zu entgehen sowie sich sowjetische Rohstoff- und Lebensmittellieferungen zu sichern; und

4. aus dem Streben der sowjetischen Führung nach eigenständiger nationaler Sicherheit, besseren internationalen Bedingungen und Stärkung des militärischen Potentials in einer Welt, die schon von Aggressionen und Kriegen gekennzeichnet war, die **nicht** von der Sowjetunion ausgingen, nicht von ihr provoziert wurden.)

Strikt zurückgewiesen werden in diesen und anderen Publikationen Auffassungen und Anschuldigungen, **Stalin**, die Sowjetunion, sei mit dem Nichtangriffsvertrag **mitschuldig am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges**, des Überfalls Hitlerdeutschlands auf Polen, Stalin sei zum Komplizen Hitlers bei der Auslösung des Zweiten Weltkrieges geworden, er habe Hitler die gewünschte Rückendeckung, „grünes Licht“, für den Überfall auf Polen gegeben, sei zum Mittäter bei dessen Zerstörung und neuerlichen, vierten Teilung geworden, das „Komplott der Diktatoren“ habe zur „Aufteilung Osteuropas“ geführt.

Dem wird entgegengehalten:

Dieser Überfall auf Polen stand von deutscher Seite seit April 1939 eindeutig fest, die deutschen Truppen waren im August 1939 längst angriffsbereit; die Sowjetunion musste dies hinnehmen, sich selbst absichern – auch mit dem „Geheimen Zusatzprotokoll“.

Damit verfolgte die sowjetische Regierung nicht das Ziel, osteuropäische Staaten zu annektieren und zu liquidieren, sondern Schranken gegen die deutsche Expansion nach Osten zu errichten. Deutschland verlor auch im Falle des Sieges über Polen die Möglichkeit, allein über das Schicksal und die Grenzen des polnischen Staates zu entscheiden.

Der Einmarsch von Truppen der Roten Armee in die östlichen Gebiete Polens am 17. September 1939 – von Verbrüderung mit der Wehrmacht kann nicht die Rede sein – entzog diese Gebiete und seine Bevölkerung – überwiegend Ukrainer, Belorussen und Juden – der deutschen Einfluss-Sphäre und führte sie in den Bestand der Sowjetunion zurück, wozu diese sich auch moralisch verpflichtet fühlte – von einer „Befreiungsmision“ ist die Rede. Der Einmarsch, der hinausgezögert wurde, war **kein** Kriegsgrund für die Bündnispartner Polens, Großbritannien und Frankreich und kein „Akt des Krieges“ in der Bewertung der USA.

Angesichts der heute in den drei baltischen Staaten, in Polen und anderen Ländern betriebenen antisowjetischen, antirussischen offiziellen bzw. offiziell geduldeten Geschichtsdeutung, die weitgehend auf einer entsprechenden Interpretation des Nichtangriffspaktes und seines „Geheimen Zusatzprotokolls“ mit „vierter Teilung Polens“ und „Okkupation“ Estlands, Lettlands und Litauens fußt, und dazu erhalten muss, das militärische NATO-Vorrücken in diesem Gebiet mit historischen Ängsten der Bevölkerung gegenüber dem „aggressiven Russland“ zu begründen, wird deren Verhalten am Vorabend des Krieges äußerst kritisch in das Blickfeld gerückt.

Die folgenschwere Ablehnung der polnischen Führung, sich in eine kollektive Abwehr des faschistischen Aggressors einzuordnen (Durchmarschrecht für

sowjetische Truppen) und die missglückte Anbiederung an Deutschland werden dabei besonders hervorgehoben.

Die Eingliederung ostpolnischer Gebiete, die mit ihrer zumeist belorussischen, ukrainischen und jüdischen Bevölkerung ehemals zu Russland/Sowjetrussland gehörten, und der drei baltischen Staaten in die Sowjetunion wird auf sowjetische Sicherheitsinteressen in dieser Krisenzeit zurückgeführt, für die auch völkerrechtliche Begründungen wie ein „Recht auf Selbsthilfe“ im Bedrohungsfall herangezogen werden.

Die Ereignisse im Sommer 1940 im Baltikum – Wahlen, Proklamation der Sowjetmacht und Eintritt Estlands, Lettlands und Litauens in die UdSSR – fielen den Tatsachen und den damals geltenden Normen des internationalen Rechts entsprechend **nicht** unter die Definition der Okkupation. (Ein Eingehen auf Zwang und Bevölkerungswille unterbleibt; verwiesen wird auf die innere soziale Differenzierung.)

Die Sowjetunion handelte 1939/40 im Rahmen jener „Spielregeln“, die in jener Zeit die großen Mächte praktizierten.

In und mit dem Sammelband und anderen Publikationen wird die Forderung laut, dass es die direkte Pflicht des Staates sei, seine Geschichte und die nationalen Gefühle seiner Bürger zu verteidigen, dass man lernen müsse, die gegen Russland zur Anwendung kommende „**Waffe der historischen Lüge**“ konsequent und systematisch abzuwehren.⁴⁰

Ich meine, überaus streitbare Bücher, bei denen manche Auffassung unter den Historikern Russlands strittig bleibt, mit der Aufforderung gelesen zu haben, sich den politisch gewollten Verfälschungen der Geschichte, die eine Diskriminierung Russlands bedeuten, entgegen zu stemmen.

Natürlich gibt es über diese und andere Bücher hinaus den kontroversen Streit in den Medien, in Talkshows im Fernsehen, in Interviews in Zeitungen und Zeitschriften im Pro und Kontra über die schon genannten Auffassungen. (Dazu fehlt mir die Einsicht.)

(So brachte zum Beispiel im August 2009 die regierungskritische Zeitung The New Times/Nowaja gaseta mehrere in ihrer Wertung negative Beiträge zum Nichtangriffvertrag und seinen Folgen und schickte mit provokanten Fragen den Fernsehmoderator Nikolai Swanidse und den Duma-Abgeordneten der Partei „Einheitliches Russland“ Konstantin Satulin in den Schlagabtausch zum Molotow-Ribbentrop-Pakt als „Verbrechen der Sowjetmacht“, was Satulin zurückwies. Während Swanidse im Nichtabschluss des Vertrages eine Alternative sah, bekräftigte Satulin, dass es in der damaligen Situation große Alternativen nicht gegeben habe.⁴¹

Kontrovers waren **Äußerungen von hochrangigen russischen Politikern** zum Vertrag. Ich nenne zwei.

Am 20. August 2009 äußerte der Stellv. Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses der Staatsduma **Julij Kwizinskij**, Mitglied der kommunistischen Fraktion, ehemaliger Botschafter in der Bundesrepublik: „Der Pakt kam zur rechten Zeit, war nötig, und unter jenen Bedingungen durchaus legitim und vom Standpunkt

⁴⁰ Siehe Partitura Vtoroj mirovoj. a. a. O.. S. 348.

⁴¹ The New Times. 24.08.2009. S. 22 ff..

der politischen Strategie sehr realistisch. Die überstürzten Beschlüsse des 2. Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR (Ende Dezember 1989), bei denen es hieß, der Pakt sei unmoralisch und habe dem Völkerrecht widersprochen, sollten im Grunde, nach Annahme entsprechender Erklärungen beider Kammern des heutigen russischen Parlaments, mit nüchterneren Einschätzungen revidiert werden.“

Der Ribbentrop-Molotow-Pakt“ war „ein Meisterstück Stalins, wodurch die Sowjetunion viele für sie vorteilhafte Ziele erreichen konnte.“

In bezug auf Aufforderungen, die aus baltischen Ländern und Polen kamen, den Pakt zu verurteilen und seine Opfer um Entschuldigung zu bitten, äußerte er:

„Wir brauchen nichts zu bereuen. Jeder Krieg wird nach seinen Ergebnissen beurteilt. Die Ergebnisse dieses Krieges fielen zu unseren Gunsten aus, dieser Krieg machte uns zu einer Weltmacht. ... Jetzt darum Tränen zu vergießen, dies wäre ein Fehler gewesen und man hätte alles besser machen können - das ist meiner Meinung nach unsinnig. In der Politik ist das zu tun, was den Interessen des eigenen Staates und seines Volkes entspricht. Sonst ist es nicht Politik, sondern ein Verbrechen.“⁴²

Premierminister Wladimir Putin plädierte Anfang Dezember 2009 bei einem Besuch in Polen dafür, die Geschichte nicht zum Anlass für gegenseitige Vorwürfe, sondern zur Grundlage für Versöhnung und Partnerschaft zu nehmen.

Er kam er in bezug auf den Nichtangriffspakt zu folgenden Kernaussagen:

„Ohne Zweifel kann man den im August 1939 abgeschlossenen Molotow-Ribbentrop-Pakt mit vollem Recht verurteilen. ... Heute verstehen wir, dass jede Form von Abkommen mit dem nazistischen Regime aus moralischer Sicht unannehmbar war und keinerlei Aussichten auf praktische Realisierung hatte. ... Im Rückblick auf die Vergangenheit sollten wir alle unbedingt daran denken, zu welchen Tragödien Kleinmut, Kabinettpolitik hinter den Kulissen und das Streben führen, Sicherheit und nationale Interessen auf Kosten anderer zu garantieren. Es kann keine vernünftige, verantwortungsvolle Politik außerhalb moralischer und rechtlicher Rahmen geben. ... Und in diesem Zusammenhang erinnere ich daran, dass der unmoralische Charakter des Molotow-Ribbentrop-Paktes in unserem Land eine eindeutige parlamentarische Wertung erfahren hat.“⁴³

Anzumerken bei diesen Darlegungen von Kwizinskij und Putin in bezug auf die Beschlüsse des Kongresses der Volksdeputierten vom 24. 12. 1989, der Pakt sei unmoralisch und völkerrechtswidrig, ist, dass dies **nicht** so eindeutig ist.

So ist nachzulesen:

„Der Kongreß ist der Ansicht, daß der Inhalt dieses Vertrages von den Völkerrechtsnormen und der Vertragspraxis der Staaten nicht abwich, die für solcherart Regelungen üblich sind. ...

Der Kongreß ... bestätigt ..., daß der Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939 sowie ... andere sowjetisch-deutsche Vereinbarungen im Einklang mit den Völkerrechtsnormen im Augenblick des Überfalls Deutschlands auf die UdSSR, das heißt am 22. Juni 1941, ihre Kraft eingebüßt haben. ...

Der Kongress der Volksdeputierten der UdSSR verurteilt die Tatsache der Unterzeichnung des ‚geheimen Zusatzprotokolls‘ vom 23. August 1939 und anderer geheimer Abmachungen mit Deutschland. Der Kongreß erkennt die Geheimprotokolle für null und nichtig vom Augenblick ihrer Unterzeichnung an.“⁴⁴

⁴² Welt Trends - Zeitschrift für internationale Politik, Nr. 69. November/Dezember 2009. S. 69 und 74.

⁴³ Zitiert nach der Dokumentation in Neues Deutschland, 5./6. 09. 2009, S. 24.

⁴⁴ Über die politische und rechtliche Bewertung des sowjetisch-deutschen Nichtangriffsvertrages von 1939. Materialien des II. Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR. Dezember 1989. Moskau 1990. S. 29 ff..

Das bedeutet nach meiner Interpretation: Anerkennung des Vertrages als völkerrechtlich gültig bis zum 22. Juni 1941; Verurteilung des Geheimen Zusatzprotokolls und seiner Festlegungen als von Anfang an ungültig.)

Prof. Wladislaw Smirnow von der Historischen Fakultät der Moskauer Staatlichen Lomonossow-Universität gab seinen Studenten in einem 2009 erschienenen Lehrbuch „Kurze Geschichte des Zweiten Weltkrieges“ seine nüchterne Sicht so kund:

Der Pakt vom 23. August 1939 und das Geheime Zusatzprotokoll, das die Normen internationalen Rechts und die Souveränität der Nachbarländer brach, entsprach unter geopolitischem Gesichtspunkt den Staatsinteressen der Sowjetunion als auch ihrem traditionellem Verständnis von Politik und Diplomatie. Das Geheimprotokoll bedeutete, dass Deutschland und die Sowjetunion beschlossen, Polen zu teilen, das Gebiet Wilna Litauen zurückzugeben, Litauen unter Kontrolle Deutschlands und Finnland, Lettland, Estland und Bessarabien unter Kontrolle der Sowjetunion zu stellen.⁴⁵

Sein Kollege **Prof. Alexander Wdowin** bot seinen Studenten in einem 2011 erschienenen Lehrbuch „**Geschichte der UdSSR** von Lenin bis Gorbatschow“ seine Sicht:

Der Vertrag und das Protokoll wurden zur politisch-rechtlichen Basis für die weitere Entwicklung der sowjetisch-deutschen Beziehungen. Sie traten nach den Überfall Deutschlands auf die UdSSR außer Kraft.

Indem sie die verhängnisvolle Wahl zur Augustentscheidung traf, zog es die Stalinsche Führung mit dem Beispiel Englands und Frankreichs vor, auch die Position der „Nichteinmischung“ einzunehmen, um andernfalls nicht Blut für fremde Interessen zu vergießen als viel mehr ein kapitalistisches Land gegen ein anderes zu bugsieren. Auf jeden Fall, der Vertrag gab die Möglichkeit, Zeit für die Festigung der Verteidigung der UdSSR zu gewinnen. Obendrein schwächte er die Einheit des faschistischen Blocks. Wie die weitere Entwicklung zeigte, bestimmte der „Molotow-Ribbentrop-Pakt“ in bedeutendem Maße den siegreichen Ausgang des Großen Vaterländischen Krieges.

Wenn die UdSSR nicht zwei zusätzliche Jahre zur Vorbereitung der Abwehr der Aggression gehabt hätte, die deutsche Armee, indem sie den Angriff von ihrem Aufmarschraum Baltikum begann, hätte sehr schnell bis Moskau gelangen können.

Es gibt eine riesige Literatur, die den Pakt als strategischen Fehler der Stalinschen Führung deutet. Die Veröffentlichung des geheimen Protokolls, in dem die unterzeichnenden Staatsmänner faktisch das Schicksal dritter Länder ohne deren Teilnahme entschieden, rief die gerechte Verurteilung dieser Staatsmänner der UdSSR und anderer Länder der Welt hervor.⁴⁶

Angesicht der bisherigen Darlegungen, die man im Detail weiterführen könnte, ist es angebracht, eine gewisse **Systematisierung** zu versuchen.

Ich sehe **zwei Grundströmungen** in der russischen Historiographie, die im Widerspruch und Widerstreit zueinander stehen. Das schließt gewisse Übereinstimmungen bei einzelnen Autoren nicht aus.

Ende der 80er Jahre entstanden auf der Welle der Verurteilung des „Stalinismus“ zwei wesentliche historiographische Richtungen:

⁴⁵ Siehe V. P. Smirnov: Kratkaja istorija Vtoroj mirovoj vojny. Moskau 2009. S. 61 und 59.

⁴⁶ Siehe A. I. Vdovin: Istorija SSSR. Ot Lenina do Gorbačeva. Moskau 2011. S. 167.

die „**traditionalistische**“, die eine modernisierte Variante der offiziellen Version der sowjetischen Geschichte bietet, und die „**kritische**“, die auf die vollständige konzeptionelle Um- und Neubewertung dieser Geschichte ausgerichtet ist.

Beide Richtungen mutierten im Verlaufe der Jahre im Zusammenhang auch mit politischen Entwicklungen

einerseits zur **national-patriotischen** Richtung, die auf der sowjetischen Historiographie fußt.

Sie wird auch als die „traditionelle“ und „konservative“ Richtung und abwertend als „Staatspatriotismus“, bezeichnet. Dabei wird darauf verwiesen, das politische Etablissement war und sei um eine Aktualisierung des historischen Gedächtnisses und historischer Themen bestrebt, die mit der staatlichen Politik in Einklang stehen und diese stützen.

Andererseits etablierte sich die „**liberale**“, „**revisionistische**“ Richtung, die in „Kritik“, in „Revision“ zur sowjetischen Geschichtsschreibung steht, auf der „westlichen“, zumeist antisowjetischen, antikommunistischen Historiographie baut und von dieser mit ihren Institutionen entsprechend unterstützt wird.

(Diese beiden Richtungen sind zugleich in eine bestimmte gesellschaftliche Situation eingebettet, die jüngst der linke russische Wirtschaftswissenschaftler Wassili Koltaschow, 2006 als oppositioneller Marxist aus der KPRF ausgeschlossen, vereinfacht so beschrieben hat: Die russische Gesellschaft unterteilt sich in zwei Parteien. Da gibt es die Partei der „Belyje lenti“, der Menschen mit den weißen Bändchen, die liberale Positionen vertreten, und dann die Partei der Menschen mit den orange-schwarzen Bändchen, die patriotische und protektionistische Einstellungen haben und für eine postsowjetische Integration eintreten. Zwischen diesen beiden Parteien wechselt die Macht. (Gemeint ist Putin – H. S.) In den Augen der Bevölkerung sind die Liberalen die „Zerstörer des Landes“ und „amerikanische Schoßhündchen“. ⁴⁷⁾

Ich folge in meiner Systematisierung und Zusammenfassung der unterschiedlichen Wertungen weitgehend der Darstellung des schon genannten Prof. Smirnow, nachzulesen auch in deutscher Sprache, ⁴⁸ und des Historikers Michail Meltjuchow über die Debatten zur Vorgeschichte des Großen Vaterländischen Krieges und über den sowjetisch-deutschen Nichtangriffsvertrag. ⁴⁹

Nimmt man als Ausgangspunkt das Münchener Abkommen von September 1938 so bewerten die meisten russischen Historiker von heute, wie auch ihre sowjetischen Vorgänger (oft sind sie identisch), das Münchener Abkommen als „Verschwörung“ der regierenden Kreise Englands und Frankreichs mit Hitlerdeutschland und zugleich als Kapitulation vor Hitler, als anschauliche Manifestation der Politik des „Appeasements“, die das von der Sowjetunion befürwortete kollektive Sicherheitssystem zerstörte und im Ergebnis zum Krieg

⁴⁷ Siehe neues deutschland. 14.04.2014. S. 8.

⁴⁸ Siehe Vladislav Smirnov: Das Münchener Abkommen und der sowjetisch-deutsche Nichtangriffspakt in den Debatten russischer Historiker. In: Mitteilungen der „Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen“. Band 5 Die Tragödie Europas: Von der Krise des Jahres 1939 bis zum Angriff auf die UdSSR. München 2013. S. 18 ff. .

⁴⁹ M. I. Mel'tuchov: Predistorija Velikoj Otečestvennoj vojny v sovremennoj rossijskoj istoriografii. In: Istoriografija stalinizma. Sbornik statei. Moskau 2007. S. 227 ff.. derselbe: Predistorija Velikoj Otečestvennoj vojny v sovremennych diskussijach. In: Istoričeskie issledovannija v Possii. Tendencii poslednich let. Moskau 1996. S. 279 ff. .

führte. Die Führer der westlichen Demokratien versuchten in und nach München mit „unglaublicher Hartnäckigkeit Deutschland gegen die Sowjetunion aufzuhetzen“.

Dagegen wurde ein anderer Standpunkt formuliert: Der von der sowjetischen Regierung offiziell verkündete Kurs der kollektiven Sicherheit und des Widerstandes gegen die faschistische Aggression war nicht mehr als ein **taktisches Manöver**, eine Tarnung für die generelle Strategie Stalins, die nach wie vor die Aufteilung der Welt und die Konfrontation zwischen einzelnen Staaten sowie die Verschärfung von Gegensätzen und Konflikten zum Ziel hatte.

Größte Auseinandersetzungen werden, wie ich schon verdeutlicht habe, zum Nichtangriffsvertrag und besonders um das Geheime Zusatzprotokoll geführt. Dabei werden immer wieder Fragen aufgeworfen und zumeist konfrontativ Antworten gegeben.

Solche Fragen sind:

- Wann begann der Prozess der Vorbereitung des Nichtangriffsvertrages und des Geheimprotokolls zum Vertrag?
- Von wem ging die Initiative aus, von Deutschland oder der Sowjetunion?
Von Hitler oder von Stalin?
- Was waren die Motive der handelnden Personen?
- Wie sind die Handlungen der Stalinschen Führung aus politischer, rechtlicher und moralischer Sicht zu bewerten?

Die National-Patrioten sind zumeist der Auffassung, dass nach einer Zeit des Abtastens und dann nach Hitlers Entscheidung im April 1939 zum Überfall auf Polen die deutsche Seite sich um eine Normalisierung der sowjetisch-deutschen Beziehungen bemühte.

Die Revisionisten dagegen sind sich sicher, dass das Interesse an einer Verbesserung der politischen Beziehungen zwischen der UdSSR und Deutschland „ständig ausschließlich von Stalin“ ausging. Dieser habe sich bereits Anfang Frühjahr 1939 für eine aktive Annäherung an Deutschland entschieden.

Prof. Smirnow geht von einem „Doppelspiel“ aus, das auch England spielte. Er wendet sich dagegen, dass sich alles „in letzter Minute“ entschied und geht davon aus, dass Stalin Ende Juli 1939 die Entscheidung traf, Verhandlungen über ein Abkommen mit Deutschland aufzunehmen, in denen es auch um die Abgrenzung der Interessensphären beider Länder in Osteuropa gehen musste.⁵⁰

Die Frage, was **Stalin zum Abschluss des Nichtangriffsvertrages** bewog, beschäftigt immer wieder.

Die National-Patrioten sind in Weiterführung früherer sowjetischer Konzeption der Auffassung, es habe sich um eine „notgedrungene, erzwungene, erforderliche Entscheidung“ der sowjetischen Regierung gehandelt, um die Sicherheit der UdSSR zu gewährleisten, den Vormarsch der deutschen Armeen zu den sowjetischen Grenzen einzugrenzen, Staaten und Gebiete, die früher zu Russland gehört hatten und ihm nach dem Ersten Weltkrieg weggenommen worden waren, zurückzubekommen, eine gleichzeitige Aktion Deutschlands und Japans gegen die UdSSR abzuwenden sowie einen möglichen Zusammenschluss Deutschlands, Englands und Frankreichs zu einer gemeinsamen antisowjetischen Koalition zu verhindern. (5 Gründe)

⁵⁰ Siehe Vladislav Smirnov: Das Münchener Abkommen. a. a. O.. S. 25.

Die Revisionisten gehen davon aus, dass der Pakt vom 23. August 1939 auf sowjetischer Seite **keine** erzwungene Aktion war, im Kreml war genau dieses Abkommen mit Berlin beharrlich angestrebt worden.

Ihrer Meinung nach wurde die internationale Strategie der Stalinschen Führung wie zuvor, so auch hier durch die marxistischen Dogmen vorgegeben; sie wurde durch das Kalkül bestimmt, den Kapitalismus in einem neuen Weltkrieg zu untergraben und, wenn möglich, das sozialistische System auf neue Gebiete und Menschen auszudehnen.

Zur **politischen, rechtlichen und moralischen Wertung** der Haltung und Handlungen der Stalinschen Führung ist die Auseinandersetzung wohl die brisanteste und in der Öffentlichkeit am stärksten wirkende.

Die **Revisionisten** führen in erster Linie moralisch-politische und rechtliche Argumente ins Feld. Sie betonen, dass die Geheimprotokolle eine **besonders eklatante Verletzung des Völkerrechts** darstellten; dass sie zur **Teilung Polens** und zum Verschwinden des polnischen Staates führten, ferner zum **Angriff der Sowjetunion auf Finnland** und zur **Angliederung der baltischen Staaten, Bessarabiens und der Nordbukowina** an die Sowjetunion – und all das **gegen den Willen der betroffenen Völker**.

Nach ihrer Auffassung handelte es sich um ein „**Komplott**“, um eine „Verschwörung“ der beiden totalitären Staaten und ihrer pokernden Diktatoren gegen fünf souveräne Staaten, um diese ihrer Unabhängigkeit und territorialen Integrität zu berauben.

Sie behaupten, der Nichtangriffspakt sei der **Grund für den Zweiten Weltkrieg** gewesen und **Stalin der Provokateur des Zweiten Weltkrieges**; er habe Hitler nicht nur geholfen, den Krieg zu entfesseln, sondern diesen im eigenen Interesse voller Initiative selbst ausgelöst.

Die Unterzeichnung des Nichtangriffspaktes und der anderen Abkommen und den Einmarsch sowjetischer Truppen in Ostpolen am 17. September 1939 betrachten sie als Aggression, als praktische Kriegsteilnahme der UdSSR an der Seite Deutschlands gegen Polen, als Eintritt der Sowjetunion in den Zweiten Weltkrieg.

Gegen diese Beschuldigungen wenden sich energisch die **National-Patrioten**. Sie weisen darauf hin, dass Hitler den Plan für den „**Fall Weiß**“, den Überfall auf Polen, der zum Beginn des Zweiten Weltkrieges in Europa wurde, **im April 1939** unterzeichnete, d. h. einige Monate vor dem Nichtangriffspakt. Die Ansicht, Hitler hätte sich bei Fehlen dieses Paktes nicht zum Angriff auf Polen entschlossen, gehöre ins Reich der Spekulation.

Eine Tatsache ist unbestreitbar: Der Zweite Weltkrieg begann am 1. September 1939 mit dem **deutschen** Angriff auf Polen, und es ist Hitlerdeutschland, das die Verantwortung für den Ausbruch des Krieges trägt. Das Geheime Zusatzprotokoll erleichterte Hitler die Isolierung und Zerschlagung Polens, doch es darf weder als Grund für den deutschen Angriff auf Polen noch als Grund für den Zweiten Weltkrieg angeführt werden.

Nach Ansicht der National-Patrioten sind Nichtangriffsvertrag und Zusatzprotokoll nicht allein aus dem Blickwinkel des Völkerrechts oder moralischer Grundsätze, die in einem Krieg von den wenigsten befolgt werden, zu betrachten, sondern vor allem aus dem Blickwinkel der Übereinstimmung mit den staatlichen Interessen der UdSSR. Angesichts eines drohenden Zweifrontenkrieges hatte die Sowjetunion nur ihre eigenen und nicht fremde nationale Interessen zu schützen.

Nach dem Zusatzprotokoll teilten Deutschland und die Sowjetunion Polen unter sich auf, und das war für dieses Land eine entsetzliche Tragödie, aber die Sowjetunion war nicht verpflichtet, Polen zu verteidigen, wie auch nicht Polen an den Schutz der sowjetischen Interessen dachte.

Geheimabkommen über die Aufteilung fremden Territoriums sind bei Weitem keine Neuheit in der internationalen politischen Praxis. Hier wurde sie Polen zum Verhängnis.

In Weiterführung früherer Auffassungen bekräftigen die National-Patrioten, dass die Entscheidung der sowjetischen Regierung den Nichtangriffsvertrag mit Deutschland abzuschließen, de facto notgedrungen erfolgte, ihr aufgezwungen wurde durch die nichtprovozierte Aggression Nazi-Deutschlands und angesichts des Umstandes, dass es nicht gelang, eine wirksame englisch-französisch-sowjetische Koalition zu schmieden, „durchaus natürlich und gerechtfertigt war“.

(Der Völkerrechtler Pjotr Romanow hat bei seinen Überlegungen über „Moral und Zweckmäßigkeit“ beim Vertrag mit Nachdruck konstatiert: Nachdem mit Paris und London keine Übereinstimmung zu erreichen war, sah sich der Kreml vor die Wahl gestellt, entweder moralisch, aber politisch unbedarft bei der Annäherung an Hitler vorzugehen oder unmoralisch, aber politisch klug zu handeln und ein Dokument zu unterschreiben, das den unausweichlichen Zusammenstoß mit Deutschland verzögert und es ermöglicht, den Faschisten unter günstigeren Bedingungen zu begegnen. ... Der Pakt wurde durch den Kreml bei gesundem Verstand, mit harter Hand, ohne die kleinsten moralischen Schwankungen im Interesse des eigenen Landes unterzeichnet. Und dies zum Nachteil der Polen und Balten. Die sowjetischen Truppen kamen in dieser Periode in das Baltikum und nach Polen nicht mit einer Befreiungsmision. Hier zu versuchen, das Dunkle als das Helle auszugeben, ist nicht nötig. Das ist einfach unklug.⁵¹)

Prof. Smirnow ist nach der Darlegung obiger Meinungsverschiedenheiten „der Auffassung, dass das Abkommen der UdSSR mit Hitlerdeutschland, das die Normen des Völkerrechtes und die Souveränität der Nachbarstaaten missachtete, in der konkreten Situation am Vorabend des Zweiten Weltkrieges für die Sowjetunion aus der Sicht ihrer nächstliegenden geopolitischen und militärischen Interessen nützlich war, jedoch im größeren historischen Zusammenhang sehr ernste negative Folgen hatte“.⁵²

Zu Situation und zu den Auseinandersetzungen in der russischen Geschichtsschreibung zum Vorabend des Krieges und zum Nichtangriffsvertrag nahm in verschiedenen Beiträgen mit inhaltlich unterschiedlicher Akzentuierung das angesehene, in vielen Gremien sitzende **Akademienmitglied Prof. Alexander Tschubarjan**, Direktor des Instituts für Allgemeine Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften, Stellung.

1998 konstituierte sich in Bonn die „**Gemeinsame Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen**“. Co-Vorsitzender ist hier Tschubarjan, zusammen mit Prof. Horst Möller, Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, München.

Die Kommission gibt „Mitteilungen“ über ihre Arbeit heraus, besonders die Veröffentlichung der Beiträge ihrer Tagungen.

⁵¹ Siehe Petr Romanow, Interview mit „RIA Nowosti“.17.08.09.

http://www.mgimo.ru/news/press/document_118928.phtml

⁵² Vladislav Smirnov: Das Münchener Abkommen. a. a. O.. S. 34.

Die Bände, fünf bisher, sind jeweils spiegelverkehrt in deutsch und russisch angelegt. Sind die Ansichten zu bestimmten Problemen, z. B. Nichtangriffsvertrag, zu unterschiedlich, so erhält ein Autor von jeder Seite das Wort.

Dabei kommt Tschubarjan zu Wort. So in dem mit dem Anspruch eines Lehrbuches gestalteten 3. Band „Deutschland – Russland. Stationen gemeinsamer Geschichte. Orte der Erinnerung“.⁵³

In einem Beitrag zum Nichtangriffsvertrag stellt er in bezug auf seine Bewertung fest:

„Es ist nicht zu leugnen, dass in einigen historischen Abhandlungen, die in Russland erschienen, versucht wird, den Pakt und das Geheime Zusatzprotokoll sowie die nachfolgenden Ereignisse aus geopolitischer Sicht sowie als Verteidigung der nationalen und der Sicherheitsinteressen der Sowjetunion, in Anbetracht der wachsenden Gefahr eines Krieges zwischen Deutschland und der Sowjetunion zu werten.

Ein Teil der russischen Historiker trägt den erwähnten Umständen zwar Rechnung, weist jedoch auf den rechtswidrigen und unmoralischen Charakter des Geheimen Zusatzprotokolls zum Molotow-Ribbentrop-Pakt hin. ...

Gleichzeitig ist in vielen Darstellungen, die in anderen Ländern erscheinen, die Tendenz zu beobachten, das Nazi-Regime in Deutschland und die Sowjetunion in eine Reihe zu stellen und die Tatsache zu ignorieren, dass in der Wissenschaft weltweit seit langem selbst der Begriff des „Totalitarismus“ in Frage gestellt wird und die Akzente auf **nationale** Besonderheiten verschiedener Länder sowie auf den prinzipiellen Unterschied zwischen dem politischen System der UdSSR und dem deutschen Totalitarismus gesetzt werden“.⁵⁴

Tschubarjan verwies an anderer Stelle sachlich und politisch zurückhaltend unter methodologischem Aspekt darauf, dass die lebendige Diskussion in der russischen Historiographie um die Bewertung der Periode 1939 - 1941 sowohl durch das Erscheinen neuer Dokumente als auch durch die Hinwendung der Mehrheit der russischen Historiker zur Mehrfaktoren-Methode bei der Analyse und Bewertung historischer Ereignisse stimuliert wurde.

Das neue Herangehen erlaube die Sicht, dass das Handeln der UdSSR im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Molotow-Ribbentrop-Paktes vom 23. August 1939 und den Ereignissen danach von einem ganzen Komplex von Gründen diktiert wurde, sowohl objektiven als auch subjektiven Charakters. Hier verschmolzen sowohl Aufgaben der Gewährleistung der Sicherheit des Landes als auch taktische Fehlrechnungen der politischen Führung bei ihrer Realisierung, Einbußen, die mit der Ablehnung des Vertrages mit dem faschistischen Regime durch die öffentliche Meinung in der Welt verbunden waren, das Einwirken des totalitären Stalinschen Systems der Macht auf die Außenpolitik, das unrechtmäßige und amoralische Handeln in bezug zu Ländern, die in die sowjetische Interessensphäre eingeordnet wurden. ... Doch für die meisten russischen Historiker, aber auch für ausländische, bestehe „**kein** Zweifel“ darüber, dass das nazistische Deutschland den Weltkrieg entfesselt habe.⁵⁵

⁵³ Siehe die Rezension von T. Ju. Timofeeva: Rossija – Germanija. Vechi sovmetnoj istorii v kollektivnoj pamjati. In: Novaja i novejšaja istorija. 2015. Nr. 5. S. 160 ff..

⁵⁴ Alexander Tschubarjan: Der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag 1939. In: Deutschland – Russland. Stationen gemeinsamer Geschichte. Orte der Erinnerung. Band 3 Das 20. Jahrhundert. München 2014. S. 139 f..

⁵⁵ A. O. Čubar'jan: Predislovie. In: Meždunarodnyj krizis 1939 – 1941 gg.: ot sovetsko- germanskich dogovoro 1939 do napadenija Germanii na SSSR. Moskau 2006. S. 6/7.

In Ergänzung zum bisher Gesagtem, sei noch auf die Bemühungen des ehemaligen Geschichtslehrers und Schuldirektors Jewgeni Spizyn verwiesen, aus seinen langjährigen Lehrerfahrungen heraus eine Gesamtgeschichte Russlands für Lehrer und Studenten zu verfassen, die allerdings 2014 im staatlichen Wettbewerb zur Schaffung eines neuen Geschichtslehrbuches nicht angenommen wurde. Im vierten Buch, das 2015 erschien, beschäftigt er sich mit dem Nichtangriffsvertrag und seiner Bewertung in der Historiographie und verdeutlicht die gegenteiligen Auffassungen.

Er stellt sich dabei auf die Seite der Nationalpatrioten, weist die Behauptungen der „einheimischen Antistalinen“ als „einfach lästerlich und amoralisch in ihrem Wesen“ zurück und bezweifelt die Existenz des Geheimen Zusatzprotokolls.⁵⁶

Verweisen will ich auch noch auf eine 2013 in der schon mehr als 100 Bände umfassenden Serie „Geschichte des Stalinismus“ erschienene „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion“⁵⁷ von einem Autorenkollektiv, dessen wenig bekannte Autoren keiner der Kommunistischen Partei Russlands zuzuordnen ist.

(Das Autorenkollektiv geht davon aus, dass die Kommunistische Partei der Sowjetunion als wichtigste politische Kraft eine wichtige Rolle in der Welt und im Schicksal des multinationalen Russlands spielte und ihre verschiedenartigen Erfahrungen des Partei- und Staatsaufbaus nicht auf den Müllplatz der Geschichte gehören. Es will unter den Bedingungen der Freiheit und des Fehlens ideologischen Drucks die Geschichte dieser Partei behandeln, wohl wissend, dass deren Erforschung noch bevorsteht.

Die Publikation ist die erste dieser Art in der zeitgenössischen russischen Historiographie. Sie hat eine geringe Auflage von 1000 Exemplaren und richtet sich an Studenten, Aspiranten und Lehrkräfte der Hochschulen sowie an alle, die sich für die Geschichte Russlands interessieren.)

In Bezug auf unser Thema und die Zeit 1939 bis Mai 1941 wird ausgeführt: Die politische Arbeit der Partei entsprach den strategischen Aufgaben, für eine maximal lange und günstige Frist die Sicherheit des Landes vor einem äußeren Überfall zu gewährleisten und die „Bereitschaft zur Führung eines präventiven Angriffskrieges zu erreichen“.⁵⁸

Letzteres bedeutet, sich an die Seite jener zu stellen, die immer noch bzw. immer wieder der sowjetischen Führung die Absicht unterstellen, einen Präventivkrieg gegen Hitlerdeutschland vorbereitet zu haben, was keineswegs zutrifft.

(Die Parteiarbeit mit den neu geschaffenen Parteiorganisationen in den entsprechend Geheimen Zusatzprotokoll „okkupierten und annektierten“ Gebieten wird als „im Ganzen erfolgreiche Politik“ gesehen, die jedoch wesentliche Mängel aufwies. Dazu gehörte die Einführung der kommunistischen Ideologie, was im Kampf gegen andersdenkende Bürger in einem Zwangsregime verwirklicht wurde. Dies führte zu einer Partisanenbewegung bis in die Mitte der 50er Jahre.⁵⁹)

⁵⁶ Siehe E. Ju. Spicyn: *Rossija – Sovetski sojuz 1917 – 1945 gg.*. Kniga 3. Moskau 2015. S. 288 ff..

⁵⁷ Siehe *Istorija Kommunisticeskoj partii Sovetskogo Sojuza*. Moskau 2013 (*Istorija stalinizma*). 671 S.. Auflage: 1000 Exemplare.

⁵⁸ Siehe ebenda. S. 238.

⁵⁹ Siehe ebenda. S. 240.

Das Geheime Zusatzprotokoll als Fälschung ?

Nicht unerwähnt soll bleiben, dass bei den Diskussionen um das „Geheime Zusatzprotokoll“ zum Nichtangriffsvertrag die Frage seiner „Nichtexistenz“, Authentizität (Echtheit, Glaubwürdigkeit) und „Fälschung“ eine beträchtliche Rolle spielte.

Diese Frage ergab sich aus dem Sachverhalt, dass auf deutscher Seite keine Originaldokumente vorhanden sind, und die sowjetische Seite deren Vorhandensein leugnete, so Molotow als Unterzeichner bis an sein Lebensende,⁶⁰ und vorgewiesene Fotokopien in ihrer Authentizität bestritt.

Die Originaldokumente gingen auf deutscher Seite Anfang 1945 in den Kriegswirren verloren, doch wurden vorher Mikrofilme angefertigt, die in die Hände der US-Truppen gelangten.⁶¹

Nachdem im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess 1946 die Vorlage von Kopien des Geheimprotokolls von der sowjetischen Anklagevertretung blockiert wurde, wurden 1948 vom Staatsdepartment der USA erstmals „Fotokopien von Fotokopien“ des Nichtangriffsvertrages und des Zusatzprotokolls zusammen mit anderen Dokumenten in deutscher und englischer Sprache herausgegeben.⁶² Die Sowjetunion konterte sogleich mit „Geschichtsfälscher“.⁶³ Es war die Zeit des Kalten Krieges.

Während im Westen von der historischen Forschung und Politik von der Echtheit der Fotokopien und den entsprechenden Dokumenten ausgegangen wurde, wurden in der Sowjetunion und den zu ihr gehörenden Staaten, darunter die DDR, von der Geschichtsschreibung und Politik diese Dokumente ignoriert bzw. als Fälschung hingestellt. Dies blieb lange so.

Ende 1989 trafen sich bekannte sowjetische Historiker zu einer Diskussion am „Runden Tisch“ über den Zweiten Weltkrieg, seine Quellen und Gründe. Dabei wurde mit unterschiedlicher Akzentuierung auch auf den Nichtangriffsvertrag und sein Zusatzprotokoll eingegangen und konstatiert, dass in den Arbeiten sowjetischer Autoren die Glaubwürdigkeit des Textes bisher nicht untersucht wurde, es aber an der Zeit sei, sich mit der Analyse zu befassen.⁶⁴

Dramatische politische Auseinandersetzungen um den Nichtangriffsvertrag und das Zusatzprotokoll, inszeniert vor allem von nationalistischen Vertretern der baltischen Staaten, gab es erstmalig auf dem II. Kongress der Volksdeputierten der UdSSR im Dezember 1989 – 50 Jahre nach Vertragsabschluss.⁶⁵

Hier wurde festgestellt: „Das geheime Zusatzprotokoll vom 23. August 1939 hat existiert, obwohl sein Original weder in sowjetischen noch ausländischen Archiven entdeckt wurde. Die ... Kopien können nach dem Stand der modernen Kenntnisse

⁶⁰ F. Čuev: Sto sorok beseg s Molotovym. Iz dnevnika F. Čueva. Moskau 1991. S. 20.

⁶¹ Siehe Helmut König: Das deutsch-sowjetische Vertragswerk. a. a. O..

⁶² Das nationalsozialistische Deutschland und die Sowjetunion 1939 – 1941. Akten aus dem Archiv des Deutschen Auswärtigen Amts. Washington Department of State 1948; Nazi – Soviet Relations 1939 – 1941. Documents from the Archives of the German Foreign Office. Washington Department of State 1948.

⁶³ Fal'sifikatory istorii. Istoričeskaja spravka. Sovinformbjuro. Moskau 1948.

⁶⁴ Siehe „Kruglyj stol“: Vtoraja mirovaja vojna – istoki i pričiny. In: Voprosy istorii. 1989. Nr. 6. S. 3 – 32.

⁶⁵ Siehe Über die politische und rechtliche Bewertung des sowjetisch-deutschen Nichtangriffsvertrags von 1939. a. a. O.; Lew Besymenski: Stalin und Hitler. Das Pokerspiel der Diktatoren. Berlin 2002. S. 15 f.; Valentin Falin: Konflikte im Kreml. Der Untergang der Sowjetunion. München 1997, Berlin 2014, S. 92 ff..

als glaubwürdig anerkannt werden. Zudem entwickelten sich die nachfolgenden Ereignisse ja genau `protokollgemäß`“.⁶⁶

Generalsekretär Gorbatschow lagen die Originale bereits 1987 vor!

Doch erst 1992 wurden sie offiziell „entdeckt“ und Anfang 1993 erstmals veröffentlicht.⁶⁷ Somit existieren wieder ganz offiziell die Originaldokumente.⁶⁸ (Wenn man weiß, welche Sachverhalte der Öffentlichkeit solange vorenthalten wurden, dann ist deutlich, welche Schwierigkeiten die sowjetische Seite mit ihrer Wertung hatte.)

Doch die Fälschungsthese ist nicht völlig aus der Welt.

Zuletzt haben zwei mir bis dahin unbekannte Autoren in ihren polemisch-provokatorisch angelegten Publikationen die Fälschungsthese vehement vertreten.

Alexei Kungurov brachte 2010 ein Buch „Die geheimen Protokolle oder wer fälschte den Molotow – Ribbentrop – Pakt“ in einer Auflage von 4000 Exemplaren in Moskau in einer Serie „Historische Sensationen“ heraus.⁶⁹

(Er will in prinzipieller Ablehnung der bis dahin erschienenen Publikationen und damit verbundener Diskriminierung ihrer Autoren als „Fälscher“ mit spitzfindiger Interpretation beweisen, das sowohl die zunächst nur als Kopien vorhandenen Texte aus deutschen, in den USA im Kalten Krieg gefälschten Quellen als auch die Anfang der 90er Jahre in Moskau gefundenen Originale weiter aus antisowjetischer Haltung gefälscht wurden. Für ihn waren und sind der bekannte Publizist und Historiker Lew Besymenski, der Funktionär, Diplomat und Publizist Walentin Falin und andere „Aktivisten der Jakowlewer Bande der Geschichtsfälscher“.⁷⁰)

Juri Muchin folgte im gleichen Jahr mit einem Buch (Auflage 5000 Exemplare) „Lehren des Großen Vaterländischen“⁷¹ in ähnlicher Weise. Er muss sagen, dass der Text, der heutzutage als Text des Protokolls zum Nichtangriffsvertrag publiziert wird, ihm „nicht gefällt, weil dieser eine unzweifelhafte Fälschung ist“.⁷²

Er geht bei dieser Behauptung nicht auf die Geschichte der Entstehung und Aufbewahrung des Protokolls ein, sieht die Fälschung bei Gorbatschow-Jakowlew-Leuten.

(Bei der Vorgeschichte des Vertrages und des Protokolls, ihres Zustandekommens und der Realisierung stellt er als „nützliche Schlussfolgerung“ fest: „... In der Weltgeschichte finden sich wenig Beispiele solch großer diplomatischer Taten unter so komplizierten Umständen.... Dass an der Spitze der Sowjetunion in jener Zeit Menschen standen, die mit ihrem Intellekt fähig waren, alle anderen Regierungen in der Welt zu übertreffen, ist für uns, die heutige Generation, nützlich zu wissen“.⁷³

Dazu gehört auch zu wissen: „Der Sieg im Großen Vaterländischen Krieg war dadurch vorherbestimmt, dass Russland in diesem Moment kommunistisch war, und

⁶⁶ Über die politische und rechtliche Bewertung. a. a. O.. S. 25.

⁶⁷ Sekretnye dokumenty iz osobyh papok. In: Voprosy istorii. 1993. Nr. 1. S. 3 ff.. Sovetsko – germanskije dokumenty 1939 – 1941. Iz archiva CK KPSS. In: Novaja i novejšaja istorija. 1993. Nr. 1. S. 83 – 95. Die Dokumente befinden sich derzeit im Archiv des Präsidenten Russlands. Die Dokumente wurden ohne Beifügung von Fotokopien der Originale veröffentlicht, was wünschenswert gewesen wäre.

⁶⁸ Siehe auch Jan Lipinsky: Das Geheime Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939 und seine Entstehungs- und Rezeptionsgeschichte von 1939 bis 1999. Frankfurt am Main 2004.

⁶⁹ Aleksej A. Kungurov: Sekretnye protokoly ili Kto poddelal pakt Molotova – Ribbentropa. Istoričeskie sensacii. Moskau 2010. Auflage 4000.

⁷⁰ Ebenda. S. 609.

⁷¹ Jurij I. Muchin: Uroki Velikoj Otečestvennoj. Moskau 2010, Auflage 5000.

⁷² Ebenda. S. 47.

⁷³ Ebenda. S. 68.

das Land und seine Armee von dem talentierten Kommunisten J. W. Stalin geführt wurde“.⁷⁴)

Muchin gilt als führender Publizist „patriotischer Kräfte“ mit äußerst schonungsloser Kritik des „liberalen Revisionismus“.

Historiker und Archivare haben, soweit meine Einsicht reicht, bisher nicht auf diese, alle Grunderkenntnisse leugnenden Publikationen reagiert.

Jüngst hat sich sehr beachtenswert in seiner 2015 sowohl in englisch, russisch und deutsch erschienenen Stalin-Biographie der angesehene russische Historiker **Oleg Chlewnjuk**, Stalinismus-Experte, auch zur Problematik Stalin und der Nichtangriffsvertrag vorsichtig in bezug auf den Meinungsstreit geäußert.⁷⁵

Er kommt dabei zu keinen neuen Einsichten und hat auch als leitender Mitarbeiter des Staatsarchivs der Russischen Föderation bisher unbekanntes Quellenmaterial **nicht** zur Verfügung. Doch seine Darstellung ist aufschlussreich.

Chlewnjuk richtet mehr als andere Autoren den Blick auf Stalin, auf sein Verhalten, seine Gedanken, Erwägungen und Absichten. Er muss aber auch als Kenner zugeben, dass manches schwer zu ergründen ist. „Die verfügbaren Dokumente, die Einblick bieten in Stalins Gedanken zu jener Zeit, lassen unterschiedliche Deutungen zu“.⁷⁶

Doch „Was immer Stalins wirkliche Absichten waren, es war **Hitler**, der die Initiative für den Abschluss eines deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts ergriff“.⁷⁷

„Was seinen politischen Pragmatismus betraf, war Stalin nicht schlimmer als die westlichen Vertragspartner des Münchener Abkommens“.⁷⁸

Inwiefern emotionale und moralische Gesichtspunkte Stalins Haltung beeinflussten, ist schwer zu sagen, aber sicherlich war ihm die unmittelbare Kriegsgefahr viel wichtiger“.⁷⁹

„Im August 1939 hatte er (Stalin) allen Grund optimistisch in die Zukunft zu blicken. Er hatte mit der weltweit stärksten Militärmacht ein Abkommen geschlossen und wenigsten vorläufig, vielleicht aber auch auf lange Zeit, einen Zusammenstoß vermieden. Außerdem hatte er einen beträchtlichen Teil des Territoriums zurückgewonnen, (im August noch nicht, besser „in Aussicht“ - H.S.) das Russland zwei Jahrzehnte zuvor verloren hatte.

Nicht zuletzt durfte er erwarten, als dritte Partei von den neuen Kräfteverhältnissen zu profitieren, die zwischen den kriegführenden Ländern in Europa entstehen würden.

Der Pakt mit Deutschland und das geheime Zusatzprotokoll waren moralisch verwerflich und zweifellos schädlich für den Ruf der Sowjetunion bei den progressiven Kräften weltweit, doch das waren vergleichsweise geringe Nachteile“.⁸⁰

Soweit einiges von Chlewnjuk über Stalin und den Vertrag.

Soviel insgesamt zum unerschöpflichen Thema des Nichtangriffsvertrages und seiner Bewertungen – ein Thema, das in diesem Jahr des 75. Jahrestages des

⁷⁴ Ebenda. S. 445.

⁷⁵ Oleg Chlewnjuk: Stalin. Žizn' ognogo voždja. Moskau 2015; Oleg Chlewnjuk: Stalin. Eine Biographie. München 2015.

⁷⁶ Ebenda (deutsche Ausgabe). S. 268.

⁷⁷ Ebenda.

⁷⁸ Ebenda. S. 270.

⁷⁹ Ebenda. S. 271.

⁸⁰ Ebenda. S. 273.

Überfalls des faschistischen Deutschlands auf die Sowjetunion und des Beginns des Großen Vaterländischen Krieges ihrer Völker von großer politischer Relevanz ist.

Liebe Freunde!

Es ist angebracht und wichtig, die Erinnerung an historische Ereignisse und Vorgänge wachzuhalten, die das friedliche, freundschaftliche Miteinander der Menschen Deutschlands und Russlands belegen, aber auch von jenem Unglück zeugen, die die Völker beider Länder in Zeiten des Nichtverstehens, der Konfrontation und schließlich blutiger, opferreicher kriegerischer Konflikte auseinanderriss.

Gerade das zutiefst negativ beladene Datum des 75. Jahrestages des mörderischen Überfalls Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion und des Beginns des Großen Vaterländischen Krieges, der den Völkern der UdSSR mehr als 27 Millionen Opfer kostete, sollte Anlass und Verpflichtung sein für die Regierenden in diesem Land, die derzeitige verhängnisvolle Abkehr von den Grundsätzen des gegenseitigen Verstehens und miteinander Auskommens aufzugeben und zum gedeihlichen Miteinander mit Russland zurückzukehren. Sie sollten dazu ihre Hintermänner in den USA bewegen.

Viele Bürger unseres Landes haben es satt, darunter auch ich, von den dominierenden Medien auf eine unverantwortlich einseitige, negative Art über das deutsch-russische Verhältnis eingeschworen zu werden. Sie wenden sich gegen die einseitige, oft russophobe Berichterstattung über außen- und innenpolitische Schritte Russlands, gegen die Verteufelung seiner führenden Politiker, gegen das „sorgfältige“ Ausparen von Ursachen und Zusammenhängen.

Die Stimmung ist bekannt, doch sie wird ignoriert! Ob das auf Dauer gelingt?

Liebe Freunde!

In der heutigen Welt, in der Kriege drohen und geführt werden, Terrorismus die Menschen in Angst und Schrecken versetzt, menschliches Leid und Elend allgegenwärtig ist, ergibt sich aus der Sicht auf die Ereignisse vor 75 Jahren – auf Kriegsvorbereitung und Kriegsbeginn – die eindringliche Mahnung zu Frieden und Menschlichkeit.

Als Mahnung und Lehre wird zudem deutlich: Nie wieder darf es zu einer deutsch-russischen Konfrontation kommen, sondern kooperative, ja freundschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und Russland sind geboten, die ihre Basis in gegenseitiger Achtung und in stabilen demokratischen Verhältnissen in beiden Ländern haben.